©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

MARTIN SCHUMACHER

Der Umschwung in Deutschland 1933

Eine unbekannte Artikelfolge des preußischen Staatsministers Otto Klepper

Mit dem überraschenden Revirement im preußischen Finanzministerium im Herbst 1931 wurde die prekäre Finanzsituation des größten deutschen Einzelstaates nicht gebessert, die Notlage nur offenkundig. Der Fehlschlag einer Vereinigung der Finanzressorts im Reich und in Preußen vertiefte schließlich die politische Krise: Die Reichsreform, die Brüning im Zusammenspiel mit dem machtmüden und kränkelnden Otto Braun für eine Übergangszeit möglicherweise freie Hand eingeräumt hätte, war nach dem Einspruch Hindenburgs gescheitert, eine der letzten Sternstunden der Republik – rückblickend gesehen – unwiderruflich verstrichen. In dem Machtvakuum seit dem Rücktritt des Finanzministers Hermann Höpker-Aschoff (DDP/Staatspartei) am 12. Oktober 1931 erhielt ein Außenseiter eine Chance: Die Ernennung Otto Kleppers (1888–1957) am 7. November war nach dem Urteil Dietrich Mendes, des damaligen persönlichen Referenten Höpker-Aschoffs, „ein Wendepunkt in der Geschichte der Regierung Braun, vielleicht in der Geschichte des Finanzministeriums". Wie auch immer man die Berufung und die Ministerzeit eines Mannes einschätzen mag, der sich in schwierigen Ämtern, zuletzt als Sanierer der heruntergewirtschafteten, nahezu illiquiden Preußenkasse, des Zentralinstituts der ländlichen Genossenschaftskassen, einen Namen gemacht hatte, die Zeit blieb zu kurz, den Ausweg aus der Krise in einer neuen Wirtschaftspolitik zu finden.

Die Beziehungen Kleppers zu Heinrich Brüning waren von Anfang an schlecht und verschlechterten sich noch. Der Reichskanzler machte kein Hehl aus seiner Abneigung und seinem Mißtrauen gegen einen Staatsminister, der sich nicht in seine Karten sehen ließ und der Politik des Reichs kritisch gegenüberstand. In der Ministerialbürokratie stieß der Volljurist mit den insgesamt noch vagen wirtschaftspolitischen Vorstellungen – Verkürzung der Arbeitszeit, Reform der Arbeitslosenfürsorge, Agrarstruktur- und Verwaltungsreform – auf mehr oder minder Ablehnung oder Unverständnis. Die höhere Beamtenschaft, die mit wenigen Ausnahmen in Klepper keinen gleichwertigen Nachfolger Höpker-Aschoffs sah, lastete dem Neuling an, daß der Demokrat Höpker-Aschoff in einer besonders schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte der Koalitionsräson geopfert worden war[1].

[1] Zur Biographie O. Kleppers vgl. jetzt Werner Röder/Helmut A. Strauss (Bearb.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I, München 1980, S. 371; NDB 12

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Herbst 1931 gewann Klepper das Ministeramt als Kandidat des Zentrums, insbesondere des Wohlfahrtsministers Heinrich Hirtsiefer, des Landwirtschaftsministers Heinrich Steiger sowie des dem linken Flügel des Zentrums zugerechneten Heinrich Lübke, der als bäuerlicher Interessenvertreter erst 1932 in den Landtag gewählt wurde. Möglicherweise hatte der ehrgeizige Fachmann bereits im Februar 1931 eine Chance gewittert, das Finanzressort zu übernehmen[2]. Die Sozialdemokratie tolerierte den Amtswechsel; ja es scheint sogar, daß Herbert Weichmann, der persönliche Referent Otto Brauns, den Präsidenten der Preußenkasse als Kandidaten ins Spiel gebracht hat, wenn auch dieser Vorschlag zunächst dilatorisch behandelt wurde. Eine in den Wirren des Kapp-Putsches gelöste Verbindung zur DNVP hat die Ernennung nicht behindert, könnte aber die Zurückhaltung Brauns erklären. Die gesamte Rechte bekämpfte den Renegaten von Anfang an, sah sie doch in der von Klepper favorisierten Agrarpolitik – als Agrarbolschewismus diffamiert – eine Bedrohung der überkommenen, von der Revolution nicht angetasteten Agrarstruktur. Insbesondere für den ostelbischen Großgrundbesitz bedeutete die Berufung eines Mannes, der in wenigen Jahren eine funktionierende Interessenorganisation der Domänenpächter aufgebaut und sich als Präsident der Preußenkasse seit Anfang 1928 für eine mit der landwirtschaftlichen Entschuldung einhergehende Strukturreform des landwirtschaftlichen Besitzes eingesetzt hatte, eine offene und ständige Herausforderung[3]. Der mit

(1980), S. 49–51 (M. Schumacher); ergänzend Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 481 ff.; Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M. 1977, S. 702 ff.; Herrn Dr. Dietrich Mende danke ich für die Überlassung eines Kapitels seiner bisher unveröffentlichten Erinnerungen sowie für Hintergrundinformationen.

[2] Mende, Erinnerungen; Herbert Hömig, Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979, S. 247, 261; Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933, eingel. v. Lothar Albertin, bearb. v. Konstanze Wegner in Verb. m. L. Albertin, Düsseldorf 1980, S. 673 f., 682. In einer Ansprache aus Anlaß des 60. Geburtstages Kleppers ging Oberregierungsrat a. D. Heinrich Albersmann am 17. August 1948 in Frankfurt auf den Ministerwechsel ein: „Es kam das Jahr 31. Zentrum und Sozialdemokratie gerieten mit dem preuß. Finanzminister Höpker-Aschoff in Differenzen. Letzterer versagte, als er nicht mehr aus dem vollen schöpfen konnte. Sein Defizit wollte er dann durch Drosselung des Wohnungsbaues decken, indem er Mittel der Hauszinssteuer nicht mehr für Hypotheken verwendet sehen wollte, sondern für den Verwaltungsapparat einzusetzen sich bemühte. Er geriet in schwere Differenzen mit Min. Hirtsiefer, mit den Führern des Zentrums sowie den Sozialdemokraten.
Min. Hirtsiefer rief [mich] an und bat um eine Unterredung bei ihm. Er erklärte, daß Höpker-Aschoff gehen müsse. Letzterer demissioniere, das Zentrum nähme gerne an, ebenso die Sozialdemokraten. Und als ich dann fragte: ‚Was nun?' antwortete man: ‚Wir wollen Präs. Klepper zum Finanzminister haben.'
Ich habe gesagt, ich würde ihm abraten, obwohl ich ihn für den Besten hielte. […]" Aufzeichnung im Nachlaß Klepper.

[3] Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, New York ²1940, S. 352; Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt/M. 1968, S. 68; Schulze, O. Braun, S. 703; Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969; Winfried Steffani, Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Düsseldorf 1960, S. 270 ff.; ergän-

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

43 Jahren relativ junge Neuling auf der politischen Bühne – im Kabinett war nur Adolf Grimme (Unterricht) anderthalb Jahre jünger – genoß das Vertrauen der beiden großen Koalitionspartner. Sie übertrugen in der sich zuspitzenden Krisensituation die Staatsfinanzen einem parteilosen Fachmann, der nach allgemeiner Meinung sein Metier beherrschte, bei Freunden und Gegnern aber als ebenso ehrgeizig wie erfolgreich galt: eine Persönlichkeit von „Format", wenn auch ohne volkstümliche Ausstrahlung. Sicherlich nicht zutreffend „als Sozialist verschrieen", entsprach der neue Finanzminister allein aufgrund des äußeren Eindrucks – der Reisepaß vermerkte als besondere Kennzeichen „Schmisse im Gesicht" – dem „Typus eines exklusiven Korpsstudenten"; bei Übernahme des Amtes war Klepper „parteilos", und er blieb es auch in der Folgezeit. Als Persönlichkeit wirkte er faszinierend und motivierend auf einen Kreis vertrauter und äußerst fähiger Mitarbeiter, meist jüngerer Akademiker, fand aber darüber hinaus keine „ungeteilte Anerkennung und Zustimmung"[4].

In der Zeit bis zur Preisgabe des „Bollwerks Preußen" konnte Klepper im Wege der Notverordnung nur der überfälligen Reform der inneren Verwaltung seinen Stempel aufdrücken. Der parteilose Finanzminister, der für seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen im Preußischen Staatsrat und im Landtag wenig Gegenliebe fand, stand von Anfang an im Schatten seines Vorgängers, an dessen „Statur" (A. Brecht) er gemessen wurde. Offenbar gelang es O. Klepper auch nicht, das Amt, so wie ursprünglich geplant, in den Griff zu bekommen und die Schlüsselpositionen mit neuen Männern zu besetzen. So lehnte Arnold Brecht das Angebot ab, die Stelle des Staatssekretärs zu übernehmen. Die Gegner des Finanzministers nutzten die Vorlage des Haushaltes im März 1932 zur politischen Abrechnung. In den schwierigen Haushaltsberatungen im Preußischen Staatsrat und im Ausschuß machte Klepper keine gute Figur; die am 15. März im Landtag verlesene Haushaltsrede trug die Handschrift des Generalreferats des Ministeriums, wie Dietrich Mende berichtet. Dennoch konnte sich Klepper als Kritiker der Wirtschaftspolitik des Reichs, des Protektionismus und – nicht zuletzt aus politischen Erwägungen – als Anwalt der völligen Unabhängigkeit Preußens profilieren. Die Amtsenthebung der Preußischen Regierung am 20. Juli 1932 zog auch einen Schlußstrich unter die Ministerzeit Otto Kleppers[5]. Die Pressepolemik, die Klepper über die Vorgeschichte und Hintergründe des „Preußenschlags" mit Carl Severing, dem glück- und mutlosen Innenminister,

---

zend Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958, S. 117; Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. v. I. Maurer u. U. Wengst u. Mitw. v. Jürgen Heideking, Düsseldorf 1980, S. LXI, 155 ff.

[4] Der Deutschen-Spiegel, H. 15 v. 12. April 1929: „Otto Klepper, August Müller, Heinrich Steiger" (Pigy); Erwin Topf, Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933; Politik und Wirtschaft, S. 1065, 1095; der nicht belegte Hinweis über einen Beitritt Kleppers zur Deutschen Staatspartei ist irreführend; die Landtagsfraktion hatte B. Falk beauftragt, am Tage nach der Amtsniederlegung Höpker-Aschoffs Staatssekretär Robert Weismann offiziell darüber zu unterrichten, daß Klepper „nicht tragbar sei".

[5] Mende, Erinnerungen; Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte 1927–1967, Stuttgart 1967, S. 119 f.; zur Haushaltsdebatte im Preußischen Landtag vgl. Sitzungsberichte, 3. Wahlperiode, Bd. 17, Sp. 24572 ff., 24723 ff.; 27746 ff.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgefochten hat, hinterließ bei den Kontrahenten tiefe Narben, ohne die historische Wahrheit zweifelsfrei an den Tag zu bringen. Severing hat noch in seinen Memoiren die Darstellung Kleppers entrüstet als „in allen Punkten unrichtig" zurückgewiesen[6].

Lange vor der stark persönlich gefärbten Auseinandersetzung hatte Klepper mehrfach öffentlich – erstmals in dem hier abgedruckten Dokument – bekannt, daß er im Juli 1932 für ein entschiedenes, wenn nötig gewaltsames und risikoreiches Vorgehen gegen die Regierung Papen und wohl auch gegen den Reichspräsidenten plädiert und dafür auch nach Bündnisgenossen gesucht habe. Dieses Agieren zwischen den Fronten, nicht geheim gebliebene Kontakte nach rechts und links, brachten den Minister in den Geruch des Opportunismus. Wie nun feststehen dürfte, wurden mit Wissen Kleppers Formationen der „Schwarzen Front" unter Führung des ehemaligen SA-Führers und Hauptmanns a.D. Walther Stennes aus dem Dispositionsfonds des Finanzministers aufgepäppelt. Ein Schulterschluß zwischen Stennes und dem Reichsbannerführer Karl Höltermann, zu dem Klepper ebenfalls Fühlung hielt, blieb jedoch aus. Niemand gab im Juli 1932 das Signal für den Widerstand. Das preußische Kabinett blieb untätig, beugte sich der Gewalt[7]. Wie Klepper hat im übrigen auch Konrad Adenauer in der Sache einen ähnlichen Standpunkt vertreten, ohne daß diese Wertung der Ereignisse im Juli 1932 den späteren Beziehungen zwischen den beiden gegensätzlichen Naturen sonderlich förderlich gewesen wäre[8]. Ob die „republikanische

---

[6] C. Severing, Mein Lebensweg, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln 1950, S. 309, 350 ff.

[7] Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Königstein, Ts./Düsseldorf [6]1978, S. 510 ff.; Hermann von Lindheim, Zu Papens Staatsstreich vom 20.7. 1932, in: GWU 11, 1960, S. 154–164, 160; Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960 (Neudruck 1979), S. 99–278, 133 f.; Jürgen Bay, Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Diss. Erlangen-Nürnberg 1965, S. 120 ff.; ergänzend Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik, Wien 1948, S. 100; Brüning, Memoiren, S. 582; Hans-Peter Ehni, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932, Bonn 1975, S. 265 ff.; Schulze, O. Braun, S. 743 f.; Gerhard Schulz, Preußenschlag oder Staatsstreich, in: Der Staat 17, 1978, S. 553 ff.; Hömig, Zentrum, S. 265 f. Die Rolle O. Kleppers am 20. Juli 1932 und insbesondere seine Darstellung des *Schicksalstages* (Rudolf Olden) kann im Zusammenhang dieser einführenden Bemerkungen im einzelnen nicht erörtert werden. Eine Antwort auf die Frage, ob Klepper zum Widerstand riet, wie auch R. Olden (Warum versagten die Marxisten? Paris 1934, Teilabdruck in: Exil. Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933–1945, hrsg. v. Ernst Loewy, Stuttgart 1979, S. 66 ff., 80) behauptete, bleibt einer kritischen Würdigung der zumindest potentiell zum Widerstand entschlossenen Kräfte vorbehalten; vgl. dazu Matthias, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 144; Wolfgang Benz (Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932, Düsseldorf 1982, S. 30) charakterisiert die Darstellung Kleppers unter Hinweis auf die Nachkriegskontroverse als „wenig überzeugend".

[8] Zur Verbindung zwischen Adenauer und Klepper in den Jahren 1930/32 vgl. Konrad Adenauer. Adenauer als Präsident des Preußischen Staatsrats, in: Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Festgabe der Stadt Köln, hrsg. v. Hugo Stehkämper, Köln 1976, S. 355 ff., 390, 766 Anm. 318 u. S. 767 Anm. 332; Rudolf Morsey (Adenauer und der Nationalsozialismus, ebenda, S. 447 ff., 455, 793 Anm. 64 u. 65) zitiert Äußerungen Adenauers aus den Jahren 1946, 1963 und 1966, die sich zumindest in der Tendenz mit der Einschätzung Kleppers decken.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Masse" sich als Machtfaktor erwiesen, das heterogene Bündnis die Feuerprobe bestanden hätte, steht auf einem ganz anderen Blatt. In welcher Weise Klepper in der Zeit bis zur „Machtergreifung" politisch noch gewirkt hat, ist bisher nicht näher bekannt. Offenbar hat er aber das Finanzministerium – seit Anfang Juli ohnehin in Urlaub – nicht wieder betreten. Der Weg zurück war nach der Anfang Juli von rechtsoppositioneller Seite erzwungenen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses („Dr. Klepper") zum Geschäftsgebaren der Preußenkasse nicht mehr offen; nach dem „Preußenschlag" wurde ein Mann der Rechten an die Spitze der genossenschaftlichen Zentralbank berufen. Auch nach dem Sturz Papens konnte Klepper nicht auf eine Reaktivierung hoffen. Der Nachfolger Papens, Kurt von Schleicher, hatte sich angeblich im Februar des Jahres abfällig über den damaligen Finanzminister geäußert, der mit der Finanzierung der Republikanischen Aktion, einer programmatisch und organisatorisch eher dubiosen bürgerlichen Gruppierung, in Verbindung gebracht wurde[9].

Staatsamt oder Staatsfeind

Der Ausgang des Ringens zwischen Macht und Recht war nach der „Machtergreifung" nicht länger zweifelhaft. Nach der Ablehnung eines offenbar ultimativ gestellten Angebots Hitlers zur Mitarbeit[10] entzog sich Klepper dem Zugriff der neuen Machthaber. In der Finnischen Gesandtschaft – auf exterritorialem Gebiet[11] – fand er vorübergehend eine Zuflucht. In Begleitung des Gesandten Wäinö Wuolijoki reiste Klepper im März zusammen mit seiner Frau über Polen und Schweden nach Finnland. Der Weg in die Illegalität und Emigration traf einen Mann hart, der in relativ kurzer Zeit auf der Sprossenleiter des Erfolges vorangekommen war. Die Hoffnung, über kurz oder lang wieder nach Deutschland zurückkehren zu können – nach dem

[9] Linksliberalismus, S.682; Mende, Erinnerungen. Zur Republikanischen Arbeitsgemeinschaft/Union vgl. Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlichen Interessenorganisationen, Bd.II, Leipzig 1970, S.636–640; die Preußenkasse war unter der Bezeichnung Deutsche Zentralgenossenschaftskasse am 21.Oktober 1932 in eine Anstalt des Reichs umgewandelt worden; vgl. ergänzend Erich Achterberg, Die Preußenkasse und ihr letzter Präsident, in: Beiträge zur Bankgeschichte 5 (1968), 1, Beil. 1.

[10] In einem für die Amerikareise O.Kleppers 1954 verfaßten Lebenslauf heißt es dazu: „Im Frühjahr stellte Hitler durch einen seiner Funktionäre, Dr. Habicht, Klepper vor die Alternative, ein Staatsamt im nationalsozialistischen Reich zu übernehmen oder als Staatsfeind behandelt zu werden. Klepper entschloß sich daraufhin zur Emigration." Nachlaß Klepper. Es bleibt unklar, ob mit „Dr. Habicht" der Reichstagsabgeordnete Theodor Habicht (NSDAP) gemeint ist; vgl. auch die Andeutung von Kurt Kersten, Otto Klepper gestorben. Ein Demokrat und Nonkonformist, in: Aufbau v. 24.Mai 1957.

[11] Am 10.Juni 1955 teilte O.Klepper auf Anfrage Wolfgang Abendroth (Marburg) für eine Untersuchung „zur Soziologie und zur Geschichte der Widerstandsbewegung gegen das Dritte Reich" mit: „Es ist mir seinerzeit gelungen, mich der Verhaftung in Deutschland zu entziehen. Ich wohnte in der letzten Zeit vor meiner Emigration exterritorial in der Finnischen Gesandtschaft." Offenbar hat Klepper – wie auch O.Braun – Deutschland noch vor der Reichstagswahl vom 5.März verlassen; ein auf 30 Tage befristetes Aufenthaltsvisum für Polen datiert vom 3.März 1933; Nachl. Klepper.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenbruch des Regimes –, erwies sich bald als trügerisch. Die neuen Machthaber jagten den Flüchtling, dem in Abwesenheit ein politischer Prozeß gemacht wurde, rund um die Welt: Finnland, Frankreich, China, USA, Spanien, Frankreich, Mexiko. Mit Glück und der Hilfe guter Freunde[12] entkam Otto Klepper oft im letzten Augenblick.

Die Weigerung, ein Staatsamt in der Hitler-Regierung zu übernehmen, stempelte Klepper zum „Staatsfeind". Die Alternative hieß Emigration oder Schutzhaft. In dieser Situation eröffnete sich für Klepper durch Vermittlung des befreundeten Präsidenten der finnischen Zentralgenossenschaftsbank eine Chance, die der Mehrzahl der Gegner des Regimes nicht gegeben war. Mitte April wurde eine Voruntersuchung „wegen Untreue" gegen den ehemaligen preußischen Finanzminister eröffnet, der als der Hauptverantwortliche dafür galt, daß rund 1,5 Mill. DM „unzulässigerweise für politische Zwecke zur Stützung der Politik der damaligen Regierungskoalition verwandt worden" seien. Auch aus der Tätigkeit als Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse wurden Klepper satzungswidrige Manipulationen zur Last gelegt. Das Verfahren unterschied sich nur wenig von ähnlich motivierten Aktionen u. a. gegen Andreas Hermes oder Günther Gereke und kam nur schleppend voran, so daß Klepper durchaus hoffen konnte, nach einer gewissen Zeit unbehelligt nach Deutschland zurückzukehren.

Die Nachrichten, die aus Deutschland im finnischen Exil eintrafen, ließen jedoch schon bald eine andere Entwicklung befürchten. Karl Brandt, Schüler Friedrich Aereboes und enger Mitarbeiter Kleppers, riet, sich auf mindestens ein bis zwei Jahre, wenn nicht länger, im Ausland einzurichten; in Berlin trommelte Brandt, der über vielfältige ausländische Verbindungen und insbesondere über gute Kontakte zur amerikanischen Botschaft verfügte, „einige Mille" Unterstützungsgelder für den Flüchtling zusammen. Brandt informierte über die Ereignisse in Deutschland, übermittelte Kontaktadressen, warnte aber davor, der finnischen Presse Interviews zu geben: „Sie hetzen bloß die ganze Meute hier wieder hoch."[13] Offen appellierte der Agrarwissenschaftler, der selbst seinen Lehrstuhl verloren hatte und im Begriff stand, Deutschland zu verlassen, aus der Not eine Tugend zu machen, die Depression und

[12] Neben Wuolijoki (seit 1927 Gesandter in Berlin; zur Biographie vgl. Cuno Horkenbach [Hrsg.], Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Jg. 1931, S. 546) ist hier vor allem der französische Diplomat Henry de Hoppenot zu nennen; vgl. Kersten, O. Klepper. In dem von Bernd Martin hrsg. Sammelband „Die deutsche Beraterschaft in China 1927–1938" (Düsseldorf 1981) wird O. Klepper nicht erwähnt. – Zur Organisation internationaler Hilfsmaßnahmen enthält das kleine Archiv des unter loser Obhut des Völkerbundes wirkenden „Hochkommissariats für deutsche (jüdische und andere) Flüchtlinge" in London teilweise noch nicht ausgewertetes Material; Bibliothek der Vereinten Nationen, Genf.

[13] Brief vom 22. 5. 1933, Nachl. Klepper; K. Brandt (1899–1975) empfahl Klepper, sein Schicksal „nicht tragischer zu nehmen, als es der Zeit entspricht": „Das Rad der Geschichte dreht sich in Deutschland so rasend, die Menschen purzeln so massenweise von ihren Posten, werden so massenweise verhaftet, gestern in Braunschweig 1350 auf einmal, alle negativen Eigenschaften der Bestie Mensch vollführen einen solchen Spuk, daß alles frühere schon als historische Literatur dagegen verblaßt." Undatiert, ebenda; vgl. zur Biographie Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1966, S. 249 f.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Untätigkeit zu überwinden: „Sie haben eine große Aufgabe und große Chancen. Alle Köpfe draußen organisieren, zusammenschweißen und arbeiten. Es liegen 1000 Möglichkeiten da. Die Zeit muß genutzt werden. Sie läuft hier viel schneller als man glaubt. Und wenn es reif ist, muß man draußen so weit sein. Wer kann das besser als Sie??! Und wer hat mehr Verantwortung als Sie?! Das alles können Sie nur in Paris oder London."[14] Wie auch immer Otto Klepper diese Aufforderungen verstanden haben mag, er verließ am 14. Juni 1933 Finnland mit dem Schiff in Richtung Frankreich. Der Reisepaß dokumentiert die Route: Kopenhagen (16.), Esbjerg (17.) und Paris (19. Juni). Ein Treffen im dänischen Hafen Esbjerg, wie von Brandt angeregt, ist nicht belegt.

Als Klepper bereits in Paris war, erschien am 14. und 24. Juli sowie am 5. August in „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning" (GHST) unter seinem Namen eine Artikelserie über den Umschwung in Deutschland („Omvälvningen i Tyskland"). Die in der Forschung bisher nicht beachtete Darstellung – möglicherweise die erste grundsätzliche, öffentliche Stellungnahme eines bürgerlichen Vertreters der Weimarer Koalition zum Scheitern der Republik und zum Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland – wurde in dem späteren Ausbürgerungsverfahren als ein besonders „gehässiger" Angriff auf die Wirtschaftspolitik des Reichs gewertet. Auch in den Schriftsätzen an das Gericht kaschierte Klepper, der enger Verbindungen zum französischen Deuxième Bureau verdächtigt wurde[15], „seine staatsfeindliche Gesinnung" nicht, wie „beleidigende Äußerungen gegen Partei und Staat" zeigten. Im Verfahren selbst konnte der Beschuldigte sich gegen die Vorwürfe nur unzureichend verteidigen und nicht alle Rechtsmittel ausschöpfen. So wurde auf Beschluß des Kammergerichts Berlin vom 27. Februar 1936 ein Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zur Durchführung eines Berufungsverfahrens „wegen Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung zurückgewiesen", das Strafverfahren „wegen Untreue wegen Abwesenheit des Beschuldigten eingestellt"[16]. Die förmliche Ausbürgerung wurde 1937 vollzogen und im Reichsanzeiger publiziert, das Vermögen eingezogen[17].

---

[14] Undatiert, Nachl. Klepper.

[15] Zum aktiven Mitgliederkreis einer in der Schweiz operierenden, antideutschen Nachrichtenzentrale wurden weiter die sozialdemokratischen Emigranten O. Braun und Albert Grzesinski gerechnet; H. Schulze (O. Braun, S. 796) wertet den Agentenbericht eines V-Mannes (PA, Deutsche Gesandtschaft Bern, XII, Bd. 1) als „Tatarenmeldung".

[16] „Die sehr umfangreichen Personal-, Straf- und Untersuchungsakten sowie die Gerichtsakten über den Rechtsstreit der Deutschen Zentral-Genossenschaftskasse gegen Klepper" befanden sich 1936 im Ministerium des Innern; Pol. Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (PA), Referat Inland II A/R, 83–76 (K-R); eine Voruntersuchung „wegen Untreue" wurde nach Horkenbach (Bd. 1933, Berlin 1935, S. 174) am 14. April 1933 eingeleitet.

[17] Die im Deutschen Reichs- u. Preuß. Staatsanzeiger (Nr. 84 v. 14. April 1937) veröffentlichte Bekanntmachung vom 12. April enthält 41 Namen, u.a. A. Crispien, K. Kersten, H. Sinzheimer, W. Ulbricht, L. Renn (A. F. Vieth von Golssenau); am 23. April 1937 wies das Auswärtige Amt die deutschen diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen an: „Bei sich bietender Gelegenheit sind den Betroffenen die in ihren Händen befindlichen Pässe abzunehmen. Die Gewährung deutschen Schutzes kommt selbstverständlich nicht mehr in Frage." PA, Ref. Inland II A/B 83–76. Zwei Reisepässe O. Kleppers waren bereits 1933 bzw. 1934 abgelaufen; vgl. ergänzend Raimund

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning (GHST) und Hitler-Deutschland

Die schwedische Öffentlichkeit verfolgte 1933 zunehmend irritiert die Ereignisse in Deutschland. Besonders sozialdemokratische und linksliberale Blätter kritisierten – von deutschen Protesten unbeeindruckt – Politik und Kabinettsmitglieder der Hitler-Regierung. „Die Überlassung der Regierungsgewalt an Hitler", so faßte der deutsche Gesandte Frederic Hans von Rosenberg am 7. Februar 1933 einen Artikel der GHST zusammen, „bedeute einen Schicksalsschlag nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa." Ein Protesttelegramm Görings an die Redaktion des Blattes goß erst recht Öl ins Feuer: „Die (schwedischen) Zeitungen finden sich in Ablehnung des Telegramms nach Form und Inhalt zusammen und weisen auf die Eigenart der schwedischen Mentalität und auf die traditionelle Unabhängigkeit der schwedischen Presse gegenüber staatlichen Beeinflussungsversuchen hin."[18] Anfang März prognostizierte die GHST, die für ihre betont deutschfreundliche Haltung in den Jahren der Weimarer Republik allgemein bekannt gewesen war, eine kritische Zuspitzung der internationalen Lage, die in etwa einem Jahr zu einem Krieg führen könne. Der Chefredakteur, Professor Torgny Segerstedt, bezog auch andernorts Stellung gegen das neue Regime in Deutschland[19].

Die scharfen Auslassungen in der schwedischen Presse gegen die Reichsregierung wurden durch die einsetzenden „antijüdischen Aktionen" mit ausgelöst. Der „Welle der Antipathie" konnte die Gesandtschaft, die ihrerseits diese Berichte auf das angeblich die großen Zeitungs- und Verlagshäuser beherrschende jüdische Kapital zurückführte, wenig mehr als folgenlose Proteste entgegensetzen. Die sich „stark an deutsche Gedankengänge" anlehnende schwedische nationalsozialistische Bewegung schien nach dem Eindruck der deutschen Diplomaten „im Wachsen begriffen", hatte

---

Kommer, Die Veröffentlichung der Ausbürgerungslisten nach dem Gesetz über den „Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" vom 14. Juli 1933 in der Tagespublizistik des Dritten Reiches, in: Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, hrsg. v. Hanno Hardt, Elke Hilscher u. Winfried B. Lerg, München 1979, S. 407–413.

[18] PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 12. Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 wurde die Verbreitung der GHST im August 1934 im Reichsgebiet zunächst für sechs Monate verboten; im Februar 1935 wurde das Verbot stillschweigend verlängert; PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning, 1934–39.

[19] Am 20. März berichtete die Gesandtschaft (PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 13) über eine Rede Segerstedts in einer öffentlichen Versammlung des Stockholmer Freisinnigen Wahlvereins. „Er benutzte die Gelegenheit, um gegen den Nationalsozialismus und die deutsche Regierung Stellung zu nehmen. Seine Ausführungen waren im übrigen aber hauptsächlich theoretischer Natur und behandelten das Wesen der Demokratie im Gegensatz zur Diktatur. Er prophezeite dem derzeitigen Regime in Deutschland nur eine kurze Lebensdauer. Das Beunruhigende bei diesen Experimenten, meinte er, sei nicht deren Langlebigkeit, sondern ihre Abwicklung."

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber noch keinen Parlamentssitz erobern können[20]. Weder die Unterredungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Paul Hertz mit Parteifreunden und dem Chefredakteur des „Sozialdemokraten" am 28. März in Stockholm noch weniger subtile Beeinflussungsversuche durch gezielte „Aufklärungsarbeit" oder massive diplomatische Proteste vermochten die negative Einschätzung der Lage und Vorgänge in Deutschland nachhaltig zu ändern, die schwedische Presse zu einem Kurswechsel zu veranlassen[21].

Das am 1. Mai verkündete Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wurde in der GHST als betrügerischer Bluff abgetan. Das gleiche Blatt befürworte, so der deutsche Geschäftsträger in einem Bericht an die Berliner Zentrale, offen einen Präventivkrieg gegen Deutschland „im Interesse der anderen Staaten". Eine gewisse, wenn auch nur vorübergehende Beruhigung der Atmosphäre folgte der außenpolitischen Erklärung Hitlers am 17. Mai im Reichstag, der auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Zustimmung nicht versagt hatte. Die vordergründige Mäßigung und staatsmännische Pose machten das Göteborger Blatt in seiner Haltung aber keineswegs schwankend. Die Meldung, „daß Adolf Hitler" – die ursprüngliche Fassung der deutschen Vertretung lautete: „der Herr Reichskanzler" – „jüdischer Abstammung sei", wurde ohne weiteren Kommentar am 19. Mai nach Berlin berichtet. Die von der Gesandtschaft als „gehässig" eingestufte Kritik der GHST bezog auch den Reichspräsidenten mit ein, der – so ein Artikel vom 31. Mai – eine geachtete, aber bereits senile und partiell unzurechnungsfähige Persönlichkeit sei[22].

Die Stockholmer Gesandtschaft machte für den Kurs des Blattes und die „nur verneinende Polemik" gegenüber Hitler-Deutschland in erster Linie Torgny Segerstedt (1876–1945) verantwortlich. Der geradezu als pathologischer Deutschenhasser charakterisierte Chefredakteur des angeblichen Hetzblattes sei ein unbelehrbarer, „unversöhnlicher Feind des Nationalsozialismus" und stehe „unter dem Einfluß seiner jüdischen Freunde". Segerstedt fülle seit einem halben Jahr, so die Gesandtschaft am 17. August 1933 in einem Bericht über die Haltung der schwedischen Presse gegen-

---

[20] Vgl. den Bericht „Einstellung der schwedischen öffentlichen Meinung zu den Ereignissen in Deutschland. Haltung der schwedischen Presse. Reaktion in der Judenfrage. Äußerungen von Stockholmer Diplomaten. Starke Abnahme der Deutschfreundlichkeit in Schweden. Aufklärungsarbeit. Nationale Bewegung in Schweden" vom 10. April 1933, ebenda, Bd. 13.

[21] Ebenda, Bd. 13; die Reiseziele der sozialdemokratischen Politiker V. Schiff (Holland, England, Belgien und Frankreich), F. Stampfer (Tschechoslowakei, Österreich), Hertz (Dänemark, Schweden), O. Wels (Schweiz), E. Kirschmann (Saargebiet) wurden am 24. März 1933 vom Preußischen Minister des Innern (Landeskriminalpolizeiamt I) dem Auswärtigen Amt mit der Bitte mitgeteilt, die Auslandsvertretungen zu verständigen, „damit sie den Herren gegebenenfalls die nötige Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen"; die Reisen erfolgten nach einer Besprechung zwischen Göring und führenden Sozialdemokraten; Hertz traf sich in Stockholm außerdem mit „Parteifreunden" und dem deutschen Geschäftsträger, der über die Gespräche vertraulich nach Berlin berichtete. Vgl. ergänzend Matthias, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 170; Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, bearb. v. Werner Link, Düsseldorf 1968, S. 71 f.

[22] PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 14 u. 15.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über Deutschland, „die Spalten seiner Zeitung mit talmudischer Kritik und hämischer Ironisierung aller Maßnahmen der Reichsregierung"[23]. Mit dieser negativen Einschätzung eines Organs, aus dem immerhin die schwedische Wirtschaft ihre Informationen aus und über Deutschland bezog, mag es zusammenhängen, daß die Serie „Omvälvningen i Tyskland" in der Stockholmer Gesandtschaft nicht mehr als routinemäßiges Interesse fand. Die Artikel Kleppers gingen mit lapidaren Zusätzen nach Berlin. Möglicherweise war man nicht daran interessiert, die Stellungnahme eines einfluß- und machtlosen Flüchtlings durch einen förmlichen Protest noch aufzuwerten[24]. Die liberale Zeitung der schwedischen Handelsmetropole hatte nicht irgendeinem Kritiker Raum gegeben: Der Autor, der als ehemaliger Staatsminister[25] zeichnete, mußte den schwedischen Lesern als ein zuverlässiger Zeuge der grundstürzenden Umwälzung in Deutschland erscheinen, zumal er sachliche Gründe – Fehler und Versäumnisse der Weimarer Republik, den Mangel an politischer Phantasie und reformerischem Mut einer ganzen Politikergeneration – für den Sieg des Nationalsozialismus nannte. Die moralische Mißbilligung stand außer Frage, diente der Serie aber nicht als roter Faden.

Die Aufsatzfolge beschönigte nichts, weder das Siechtum der Weimarer Demokratie noch die brutale Politik des neuen Regimes. Otto Klepper skizzierte aus seiner Sicht die „widerspruchsvolle" innenpolitische Entwicklung nach der Novemberrevolution, den keineswegs schicksalhaften „Niedergang der Demokratie", erklärte den Erfolg des Nationalsozialismus aus dem Mißerfolg, dem Unvermögen der demokratischen Führung. Nicht die „republikanische Masse", die Parteiführer hatten versagt: Sie hatten den „Entscheidungskampf" nicht gewagt, das Risiko eines Fehlschlages gefürchtet. Der Umschwung war mit diesem schroffen und letztlich unbeweisbaren Urteil nicht aus der Welt zu schaffen, allein die Frage, „ob die Umwälzung eine dauernde Veränderung der deutschen und europäischen Politik bewirken werde", rückte in den Mittelpunkt der „Überlegungen". Hierauf mußte eine plausible Antwort gefunden werden. Das tiefere Motiv Kleppers, deutsche Politik nicht historisch zu analysie-

---

[23] Ebenda, Bd. 17; zur Biographie eines „der schärfsten Gegner des Dritten Reichs im Norden" (Walter A. Berendsohn) unf für die Exilsituation in Skandinavien vgl. Svenska män och kvinnor. Biografisk uppslagsbok 6 (1949), S. 616 f.; Estrid Ancker, T. Segerstedt 1876–1945. Studier i en personlighet, Stockholm 1962; Max Tau, Ein Flüchtling findet sein Land, Hamburg 1964, S. 188 f.; Helmut Müssener, Die Exilsituation in Skandinavien, in: Manfred Durzak (Hrsg.), Die deutsche Exilliteratur 1933–1945, Stuttgart 1973, S. 114–134; W. A. Berendsohn, Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur, 2. Teil, Worms 1976, S. 13, 81; Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und in Palästina, Leipzig 1980, S. 309–557.

[24] PA, Deutsche Gesandtschaft Stockholm, Abt. A, Deutschland, Bd. 17; am 17. Juli übersandte der deutsche Geschäftsträger, Dr. E. O. Meynen, den Artikel zur Kenntnisnahme nach Berlin: „Der Verfasser lehnt die nationalsozialistische Idee ab. Die Schuld an dem Zusammenbruch der Weimarer Republik schiebt Klepper der Unfähigkeit der Parteien und den Führern der Republik zu, die im Laufe der Jahre das Vertrauen der Massen verloren hätten."

[25] K. Kersten (O. Klepper) erwähnt, daß Klepper „aus Trotz" den Titel weitergeführt habe, „wobei er sich lächelnd auf eine Order Friedrich des Großen berief, nach der ein Minister nie seinen Titel verlieren könne".

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren, sondern nach Hitler politisch gestalten zu wollen, zeichnet sich in dieser das deutsche „Rätsel" entziffernden vorläufigen Antwort ab.

Die Artikelfolge hat mit Sicherheit im Sommer 1933 das negative Bild Deutschlands in der schwedischen Öffentlichkeit gefestigt, wenn auch diese Wirkung nicht meßbar ist. Noch drei Jahre später äußerte sich die Gesandtschaft in Stockholm in diesem Sinne und erhob „keine Bedenken gegen die Ausbürgerung"[26].

Auf welche Weise Otto Klepper, der sich vom 2. bis 27. April 1933 in Stockholm aufgehalten hatte, Kontakt zu dem angesehenen Wirtschaftsblatt der südschwedischen Hafenstadt gewann, bleibt im Dunkel. Möglicherweise knüpfte Karl Brandt, der sich am 23. Juni in seinem letzten Brief nach dem „Buch" Kleppers erkundigte, die gesellschaftlichen oder diplomatischen Fäden. Sicher ist nur, daß der Flüchtling am 14. Juni Finnland verließ. Nur der am 5. August veröffentlichte letzte Artikel enthält einen redaktionellen Vorspann, der aber diese Frage nicht beantwortet[27]. Der lediglich maschinenschriftlich überlieferte vierte Artikel datiert: Paris, den 24. Juli 1933, zehn Tage nach dem Erscheinen der ersten Folge. Er wurde in der GHST nicht mehr publiziert, aus welchen Gründen auch immer, aber wie die vorhergehenden Artikel mit der gleichen Schreibmaschine ins Reine getippt. Es ist im übrigen auffällig, daß Klepper 1933 nur noch einen Artikel in der von Leopold Schwarzschild in Paris herausgegebenen Zeitschrift „Das Neue Tage-Buch" publizierte. Dann verstummte der mittellose Emigrant, der aus Geldnot einen Berateruftrag in China annahm.

Otto Klepper hat den Prozeß der „Gleichschaltung" des Bollwerks Preußen teils miterlebt, teils aus der Ferne beobachtend gedeutet. Das Ende des demokratischen Preußen 1932/1933 bedeutete das faktische Ende Preußens, den Anfang der als „Reichsreform" deklarierten „Gleichschaltung" aller Länder[28]. Das unmittelbare Erlebnis des Niedergangs der Republik, für den nicht ein bestimmtes Datum oder Fak-

---

[26] PA, Ref. Inland II A/R 83–76; unter Hinweis auf die Berichterstattung teilte die Deutsche Gesandtschaft am 8. September 1936 vertraulich dem Auswärtigen Amt mit: „Es kann bestätigt werden, daß die Veröffentlichung dieser Artikel den deutschen Interessen in Schweden abträglich gewesen ist. Insofern bestehen daher hier keine Bedenken gegen die Ausbürgerung." Die Deutsche Gesandtschaft in Helsingfors, die am 10. September ebenfalls keine Bedenken gegen die Ausbürgerung geltend machte, hatte sich am 21. Dezember 1933 zurückhaltender zu den Wirkungen der Anwesenheit des Flüchtlings geäußert. Nach der Ankunft in Finnland wohnte Klepper zunächst auf dem Landgut seines prominenten sozialdemokratischen Protektors, später im Hotel Karelia in Helsingfors. Der Privatreisende, dessen Status als politischer Flüchtling von den deutschen Diplomaten zunächst nicht erkannt wurde, unterhielt Kontakte zu führenden Finanz- und Wirtschaftskreisen der finnischen Hauptstadt, richtete aber durch seine „Ausstreuungen" („Greuelpropaganda") keinen „allzu ernstlichen Schaden" an; vgl. PA, Geheimakten 95/5, Finnland Pol. 26, Akten betr. Politik u. kulturelle Propaganda 3/33–8/33.

[27] Die Vorbemerkung lautet (übersetzt): „Wir bringen hiermit den dritten Artikel in der Serie des früheren preußischen Ministers Otto Klepper. Es wird leider der letzte sein, da unvorhergesehene Ereignisse ihn daran gehindert haben, die beiden weiteren Artikel zu liefern, die ursprünglich in Aussicht gestellt waren. Wir hoffen jedoch, von anderer, ebenso kompetenter Seite in einem oder zwei Artikeln Antworten auf die hier gestellten Fragen erhalten zu können."

[28] Horst Möller, Das demokratische Preußen, in: Das Preußenbild in der Geschichte, Protokoll eines Symposions, bearb. u. hrsg. v. Otto Büsch, Berlin 1981, S. 231–245, 232f.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tum allein ausschlaggebend war, und der Umwälzung prägte die Maßstäbe Kleppers. Das Dokument zeigt in seltener Klarheit und Offenheit das Bemühen eines führenden, wenn auch parteilosen Vertreters der Weimarer Koalition in Preußen, die nationalsozialistische „Machtergreifung" und Machtfestigung zu analysieren. „Mit dem Blick nach Deutschland" (Otto Wels) fragte Klepper nach Ursachen und Sinn des eigenen Mißerfolgs, schrieb für den Zusammenbruch des Regimes, wartete Jahr um Jahr auf die Heimkehr. Aus dieser existentiellen Spannung erwuchsen später im mexikanischen Exil, „weitab von den Ereignissen", die in der von Udo Rukser und Albert Theile in Santiago de Chile herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Blätter" publizierten Artikel: „Vorfragen des Friedens" und „Die Kunst der Möglichen"[29].

Weimar – Versagen der politischen Führung

Der Weg in die Emigration begann mit kleinem Gepäck, aber der großen, sich schon bald als irreal erweisenden Überzeugung, daß der zur Macht gelangte Nationalsozialismus sich binnen kurzem erschöpfen, Deutschland nach einer Phase der Ernüchterung und des wirtschaftlichen Versagens wieder zur Besinnung kommen werde. Otto Braun, der in der Schweiz resigniert um das nackte Überleben kämpfte, beurteilte die Entwicklung in Deutschland und die politische Moral der Deutschen wesentlich pessimistischer. Im Gegensatz zu dem parteilosen „Kollegen" erkannte der Sozialdemokrat, abgeschnitten von Freunden und Informationen, nach der „Gleichschaltung" keinen Ansatzpunkt für einen grundsätzlichen Wandel, eine demokratische Alternative. Öffentlich schwieg der ehemalige preußische Ministerpräsident zu den Ereignissen in Deutschland[30]. Klepper konnte sich natürlich nicht im unklaren darüber sein, daß die Erkenntnis historischer Versäumnisse und Fehler die Niederlage nicht ungeschehen machen würde. Es war auch nicht die Zeit für ein abgewogenes historisches Urteil über „Schicksal oder Schuld". Das Raster mußte notgedrungen ein gröberes

---

[29] Mit dem Untertitel „Zwei Aufsätze über die Vorbereitung einer neuen deutschen Politik" im Sommer 1948 von der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 im Heinrich Cobet Verlag (Frankfurt/M.) veröffentlicht; im Vorspann des Aufsatzes „Vorfragen des Friedens" nannte die Redaktion der „Deutschen Blätter" O. Klepper eine der „bemerkenswertesten Figuren der deutschen politischen Emigration". Klepper war wohl auch an dem Versuch beteiligt, 1944/45 in Mexiko eine deutsche Exilregierung zu bilden; vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Bd. I, S. 626f. (Rukser), 760f. (Theile); Alexander Stephan, Deutsche Exilliteratur 1933–1945. Eine Einführung, München 1979, S. 116ff.; Ralph Peter Vander Heide, Deutsche Blätter für ein europäisches Deutschland. Gegen ein deutsches Europa. A cultural-political study, State University of New York at Albany 1975; Hans-Albert Walter, Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 4: Exilpresse, Stuttgart 1978, S. 310ff.

[30] Schulze, O. Braun, S. 796; für Brüning vgl. jetzt Rudolf Morsey, Emigration und Nachkriegsplanung. Vorschläge und Vorstellungen Heinrich Brünings über den Neuaufbau in Deutschland, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart, hrsg. v. Lothar Albertin u. Werner Link, Düsseldorf 1981, S. 223ff., 227.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bild ergeben. Der „sozialreformistische Versuch", wie Klepper die Politik der Weimarer Republik charakterisiert, war gescheitert, an sich selbst: Parteien, die den „Willen zur Macht, das Bewußtsein der Macht und Gestaltungsfähigkeit" verloren oder gar nie voll besessen hatten, mußten auf die Verliererstraße geraten, das „Vertrauen der großen Masse" einbüßen.

Rückblickend zeichnet Klepper die Stationen der allmählichen Selbstpreisgabe[31] und Vernichtung der Freiheit als einen Prozeß des Versagens demokratischer Parteien und Politiker, ohne der Gefahr billiger Personalisierung zu erliegen. Die „Vorgänge in Deutschland" gewannen gleichsam exemplarische Bedeutung. Trotz der Betroffenheit, die der historischen Analyse eigentümliche Färbung verleiht, der letztlich nicht zu unterdrückenden Ratlosigkeit, ahnte Klepper fast prophetisch die Auswirkungen, „die Schwingungen der Ereignisse in der gesamten politischen Atmosphäre Europas". War auch in Deutschland die Schlacht vorerst verloren, die Entscheidung in Europa stand noch aus. Aus dem „Niedergang der Demokratie in Deutschland" waren daher Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dies gab dem Überleben, dem Widerstand Sinn. „Allen zum Trotz" – so schrieb der Heimkehrer im Juni 1948 im Vorwort zu den im mexikanischen Exil konzipierten Aufsätzen – konnte der einzelne überleben, in der Hoffnung auf seine „besondere Chance".

Bei aller Kritik an den demokratischen Parteien Weimars und ihren Repräsentanten – „kein Name wird in der Geschichte diese Epoche kennzeichnen" – verteidigte Klepper die historischen „Leistungen" der Republik und der republikanischen Regierungen doch gegen die „geschmacklose Kritik" der barbarischen Sieger: Bewahrung der nationalen Einheit, Erhaltung der Freiheit, „Ausbau der sozialen Fürsorge", Heranführung der Arbeiterschaft an den Staat. Daß dieses Machtreservoir nicht entschlossener genutzt worden war, darin sah Klepper den Kern des Versagens der politischen Führung: am 20. Juli 1932 war Preußen, das „letzte Bollwerk der Republik", widerstandslos gefallen. Noch eine Chance, die „republikanischen Massen" zu mobilisieren – vielleicht ein Hinweis auf die „Republikanische Aktion" –, wurde nach dem Sturz Schleichers verpaßt. Wie auch immer die Urteile zu werten sein mögen, die Sieger nahmen „vor den Augen der Welt" blutige Rache.

In der Weimarer Politikergeneration erblickte Klepper nur eine Gestalt von wirklichem Format: Gustav Stresemann, der der Republik wieder außenpolitischen Entscheidungsspielraum eröffnet habe. Die Signatur dieser Politik brach mit Brüning ab, dessen „wachsende Abhängigkeit von dem bei Hindenburg dominierenden instinktlosen Ostelbiertum" den Niedergang der Republik beschleunigt habe. Was dann folgte, war – so Klepper – ohnehin „unfruchtbar und leblos".

Das neue Regime trat das Recht mit Füßen und mißachtete „die ethischen Grenzen, die die neuzeitliche Zivilisation der politischen Machtausübung gezogen hat". Es bot für die ungelösten Probleme der Zeit – Reichs- und Verwaltungsreform, Finanz- und Wirtschaftskrise – nur Scheinlösungen. Die Negativbilanz machte es nicht einfa-

[31] Vgl. jetzt Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cher, eine schlüssige Erklärung des Rätsels anzubieten. Obgleich „gedanklich und materiell so vollkommen steril", hatte der Nationalsozialismus doch „die ganze Macht" erobern können. Dies war das dunkle „Rätsel, das Deutschland der Welt aufgegeben hat".

Es mutet merkwürdig an, daß gerade Otto Klepper, der bis zu diesem Zeitpunkt lediglich fachspezifisch publiziert hatte, sich an der Lösung dieser Aufgabe versuchte. An der Antwort, die den Flüchtling exponierte und gefährdete, besticht nicht die Synthese. Die Perspektive bleibt (vielleicht bewußt) undeutlich und schemenhaft. So tritt das Programmatische zurück, die Kritik überwiegt, deckt sich in gewisser Weise mit der These Arthur Rosenbergs, Weimar sei an der unterlassenen Revolution gescheitert[32]. Mit Sicherheit sind die Artikel nicht als Manifest einer wie auch immer gefügten Widerstandsbewegung[33] zu lesen.

Die eigentümliche Faszination der Essays gründet vielmehr darin, daß Klepper den Umschwung rational erklärt und zu einer originellen Verknüpfung von „Niederlage" und „Sieg" gelangt. Die eigenwilligen, nahezu apodiktischen Urteile tragen den Stempel des Vorläufigen, sind aber nicht allein mit den Maßstäben historischer Kritik zu messen. Entscheidender ist, daß Klepper überhaupt in dieser Form Stellung bezog, Urteil und Prognose wagte. Die in der Veröffentlichung der Artikelserie zum Ausdruck kommende Erwartung, die politische Macht in Deutschland nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes gestaltend beeinflussen zu können, erfüllte sich nicht. In der Bundesrepublik Deutschland blieb Otto Klepper, ungeachtet einer gewissen Anerkennung und öffentlichen Wirksamkeit in der Frankfurter Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, besonders nach dem Rückzug aus der mitbegründeten Frankfurter Allgemeinen Zeitung[34] ein Außenseiter, ein Mann „zwischen den Zeiten" (Ulrich von Pufendorf), gezeichnet von den Jahren des Exils[35].

„Omvälvningen i Tyskland"

Die Artikelfolge wurde mit Ausnahme des Abschnittes „Die Exposition des Nationalsozialismus" vollständig in schwedischer Übersetzung unter dem Titel „OMVÄLVNINGEN I TYSKLAND. Av förre statsministern OTTO KLEPPER" am 14. und

[32] Vgl. Hagen Schulze, Das Scheitern der Weimarer Republik als Problem der Forschung, in: Erdmann/Schulze (Hrsg.), Weimar, S. 23–41, 24, 34; zur Parteienkritik deutscher Emigranten vgl. ergänzend Walter, Exilliteratur, Bd. 4, S. 34 ff.

[33] Die Rolle Kleppers in der Deutschen Freiheitspartei (1937) ist strittig; vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 308 ff.; Beatrix Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, Phil. Diss. Frankfurt/M. 1972, S. 6 ff.; Ruth Fabian u. Corinna Coulmas, Die deutsche Emigration in Frankreich nach 1933, München 1978, S. 57; Exil in Frankreich, Leipzig 1981, S. 90, 111.

[34] Albert Theile (Die „Deutschen Blätter", in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel Nr. 74 v. 16. September 1958) hat angedeutet, daß O. Klepper „das neue Unternehmen" nach den bereits eingegangenen Deutschen Blättern benennen wollte.

[35] O. Klepper hat wohl auch „darunter gelitten, daß es ihm versagt geblieben ist, im neuen deutschen

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

24. Juli sowie am 5. August 1933 in der „Göteborgs Handels-och Sjöfarts-Tidning" veröffentlicht. Für die Überlassung einer Kopie dieser Artikel bin ich der Königlichen Bibliothek in Stockholm zu Dank verpflichtet, sowie für vielfältig vermittelnde Hilfe der Königlich Schwedischen Botschaft in Bonn. Die Artikel werden in den einschlägigen bio- und bibliographischen Handbüchern zur deutschen Exilliteratur nicht erwähnt[36].

Die maschinenschriftliche deutsche Fassung der Artikelfolge ist als Durchschlag im Nachlaß Klepper (Privatbesitz) überliefert. Der Abdruck folgt dieser Vorlage, die kleinere handschriftliche Korrekturen erkennen läßt und deren Authentizität zweifelsfrei ist. Nach dem Schriftbild zu urteilen, wurde für die Reinschrift die gleiche Schreibmaschine benutzt. Die einzelnen Artikel wurden nicht durchlaufend paginiert; es hat jedoch den Anschein, daß die drei ersten – in der GHST auch publizierten – Artikel (7,7 und 6 S.) zusammen übermittelt wurden, da nur auf der ersten Seite des ersten Artikels Otto Klepper als Verfasser genannt wird. Am Kopf der ersten Seite des vierten Artikels (9 S.) werden dann Verfasser, Ort und Datum angegeben. Der maschinenschriftliche Hinweis auf der ersten Seite des zusammengehefteten Durchschlags, „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning, Göteborg, Juli 1933", wurde offenbar erst später hinzugefügt. Für den Druck wurden Schreibweise und Zeichensetzung stillschweigend normalisiert bzw. egalisiert, sofern nicht der eigentümliche Charakter der Schrift tangiert schien.

Für die Erlaubnis zur Veröffentlichung der Artikelfolge danke ich Frau Renate Taylor geb. Klepper sowie der langjährigen Sekretärin Otto Kleppers, die einen Teil des Nachlasses über den Krieg zu retten vermochte.

Dokument

DER UMSCHWUNG IN DEUTSCHLAND

Von Staatsminister Otto Klepper

Der französischen Revolution entstammt eine Bewegung, deren Grundrichtung darin besteht, dem einzelnen Bürger das größtmögliche Maß an persönlicher, geistiger, politischer und ökonomischer Freiheit zu verschaffen, das sich mit dem Gemeinschaftsleben verträgt.

Staat in offizieller Position tätig sein zu können" (Rudolf Mueller), in: Otto Klepper zum Gedächtnis, Sonderdruck aus „Offene Welt" Nr. 49, Mai/Juni 1957, S. 3, ebenda, S. 4–9 (U. v. Pufendorf). „Er war [im Herbst 1956] ein müder, alter Mann, voller Gram und einmal sprach er ganz leise: ‚Wenn ich wüßte, was ich heute weiß, wäre ich nicht zurückgekommen.' Nur hatte es ihn draußen nicht gehalten und so ist er vereinsamt und bitter enttäuscht gestorben, ein guter mutiger deutscher Demokrat, ohne das ersehnte Ziel erreicht zu haben." Hans Speier, From the Ashes of Disgrace. A Journal from Germany 1945–1955, Amhurst 1981, S. 149.

[36] Vgl. Wilhelm Sternfeld/Eva Tiedemann, Deutsche Exilliteratur 1933–1945. Eine Bio- und Biblio-

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese politische Bewegung eroberte das gesamte abendländische Europa, und in den dem Zeitablauf und der sozialen Entwicklung angepaßten Formen ist sie als Liberalismus, Demokratie, Sozialismus und deren Verbindungen noch die uns beherrschende politische Idee. Sie ist die Voraussetzung der abendländischen Kultur. Diese Idee und die abendländische Kultur haben durch das, was man in Deutschland die „nationalsozialistische Revolution" nennt, eine Niederlage erlitten. Die Bedeutung dieser Niederlage beschränkt sich nicht auf Deutschland. Wir nehmen die Schwingungen der Ereignisse in der gesamten politischen Atmosphäre Europas wahr. Wir ahnen, daß wieder eine Zeit kommt, in der Europa vor Entscheidungen gestellt ist.

Wir erfassen die Vorgänge in Deutschland nicht dadurch, daß wir sie moralisch mißbilligen. Die Aufhebung des Rechtsstaates, die Beseitigung der geistigen Freiheit, die persönliche Beschmutzung der politischen Gegner des Nationalsozialismus, die Entrechtung der Juden, kurz den subaltern-halbgebildeten Grundzug der Repräsentanten des Regimes, empfinden wir gewiß als ästhetisch unmöglich. Um dem Faschismus entgegentreten zu können, müssen wir aber einfach nach den sachlichen Gründen forschen, aus denen der Niedergang der Demokratie folgte. Und zwar müssen wir diese Gründe in der Wirksamkeit des gestürzten Systems selbst, nicht in Unabänderlichem oder in der Tätigkeit seiner Gegner suchen; denn in der Politik entscheidet allein der eigene Erfolg oder Mißerfolg. Erst aus der Erkenntnis der Gründe des Zusammenbruchs der deutschen Demokratie heraus wird die Kritik der nationalsozialistischen Regierungsweise möglich, die nun ihrerseits wieder aufzeigt, warum dieses neue Regime wahrscheinlich schneller fallen wird, als man unter dem Trommelfeuer seiner Propaganda augenblicklich vielfach annimmt.

Diese Überlegungen sollen in einer Folge von fünf Artikeln entwickelt werden. Der erste Artikel befaßt sich mit der Wirtschaftspolitik, der zweite mit der inneren, der dritte mit der auswärtigen Politik, die die Weimarer Republik getrieben hat. Der vierte Artikel soll die bisherige Politik der nationalsozialistischen Regierung behandeln, und der letzte zusammenfassend abwägen, ob diese Regierung Erfolg haben kann, ob sie bleibt oder fällt.

I. Wirtschaftspolitik

Deutschland stand nach der Umwälzung von 1918 vor der Alternative, eine Verbindung mit Rußland einzugehen, was seine Einbeziehung in das dortige politische und wirtschaftliche System mit sich gebracht hätte, oder seine durch den Krieg gelöste Verbindung mit der kapitalistischen Weltwirtschaft wiederherzustellen. Die Entscheidung fiel in der letzten Richtung, und zwar im Wesentlichen unter Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei, die aus diesem Grunde den Kampf mit dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung aufnahm. Man wird diese Entscheidungen auch heute noch als richtig bezeichnen dürfen; denn das deutsche Volk hätte ein so weitgehendes Absinken des allgemeinen Lebensstandards, wie es der Übergang zum Kommunismus verursacht hätte, nicht auf sich genommen[37].

---

graphie, Heidelberg ²1970, S. 271; Liselotte Maas, Handbuch der deutschen Exilpresse 1933–1945, 3 Bde., Frankfurt 1976–1981.

[37] Dazu grundlegend Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei grundsätzliche wirtschaftspolitische Fehler, die zu Beginn des neuen republikanischen Regimes begangen wurden, haben aber das Geschick seiner Politik von vornherein negativ bestimmt. Sie lagen in der Art, wie man den Wiederanschluß Deutschlands an den internationalen Güteraustausch suchte. Die damalige Regierung sah nicht, daß die Industrialisierung der Welt während des Krieges, auch unter dem Gesichtspunkt der Friedenswirtschaft betrachtet, rapide fortgeschritten war. Man verkannte auch, daß die Märkte, auf denen der deutsche Güteraustausch mit der Außenwelt erfolgte, durch die politische Umgestaltung Mittel- und Osteuropas grundlegend verändert waren. Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft stand vielmehr etwas pedantisch unter der Parole „Wiederaufbau" des Früheren[38]. Tatsächlich bedeuteten aber die inzwischen geschehenen Wandlungen des weltwirtschaftlichen Organismus eine Minderung und eine Veränderung der deutschen Exportmöglichkeiten. Mit dem Ziel der Anpassung an diesen Tatbestand hätte die damalige deutsche Politik die Entwicklung der nationalen Wirtschaft steuern müssen!

Die deutsche Bevölkerungsbewegung ging während des industriellen Aufbaus vor dem Kriege vom Osten zum Westen, aus der Landwirtschaft zur Industrie. Die Minderung der Exportmöglichkeiten, die man für die Nachkriegswirtschaft erwarten mußte, legte also nahe, zu versuchen, das Gefälle der Bevölkerungsbewegung wieder in die umgekehrte Richtung zu stellen. Dies war um so richtiger, als die Rationalisierung im Begriffe war, eine wachsende Zahl von Industriearbeitern dauernd freizustellen. Die Möglichkeit einer organisierten Rückwanderung aus der Industrie zur Landwirtschaft war auch vorhanden; denn außer dem dicht besiedelten Süden und Westen gibt es in Deutschland den schwach bevölkerten Osten, das Land des ostelbischen Großgrundbesitzes.

Dieser ostelbische Großgrundbesitz hat nicht nur politische Eigenheiten als Bollwerk des preußischen Feudalkonservatismus, sondern er trägt auch wirtschaftlich unglückliche Charakterzüge. Je enger die Länder infolge der fortschreitenden Technik zusammenrükken, um so mehr verschiebt sich die natürliche Rentabilitätsgrenze der Landwirtschaft in den klimatisch und überhaupt von der Natur weniger begünstigten europäischen Ländern, zu denen Deutschland gehört, vom Getreidebau über den sonstigen Ackerbau hinweg zu der sogenannten Veredelungswirtschaft und gleichzeitig vom Großbetrieb zum bäuerlichen Familienbetrieb. Auf diese Weise konnte der meist auf Getreidebau und Kartoffeln eingestellte ostdeutsche Großgrundbesitz schon vor dem Kriege nur durch eine künstliche Rentabilität, also durch Zoll und andere Subventionen am Leben erhalten werden. Diese im Interesse des Großgrundbesitzes betriebene Agrarpolitik erhöhte auf dem Wege über Getreide- und Futtermittelzölle natürlich die Gestehungskosten der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, verschlechterte also die Lage der Bauern[39]. Es war eine geschichtliche Gelegenheit, die sich der jungen deutschen Demokratie bot, durch die von der gesamten deutschen Linken seit Jahrzehnten geforderte Agrarreform im deutschen Osten die deutsche Landwirtschaft von dem Ballast des überalterten östlichen Großgrundbesitzes zu befreien und ihr damit zur Gesundung zu verhelfen, in dem weiten Raum der Ostprovinzen

[38] Vgl. Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in* Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1974; Hans Schieck, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, Phil. Diss., Heidelberg 1958; Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

[39] Für die agrarpolitischen Vorstellungen Kleppers, insbesondere die Beziehungen zu Friedrich Aereboe und Karl Brandt, vgl. Topf, Kampf, S. 234 ff., 238 f.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die aus der Industrie ausgesteuerten Massen anzusiedeln, also die Gesundung des deutschen Volkskörpers einzuleiten und die Republik selbst schließlich so von ihren gefährlichsten Feinden zu befreien. Diese historische Gelegenheit wurde aber unbegreiflicherweise versäumt[40].

Die erwähnten Veränderungen, die die Nachkriegswirtschaft für den deutschen Industrie-Export mit sich brachte, bestanden darin, daß die Märkte für den schwerindustriellen Export relativ ungünstiger lagen als die Märkte für die verarbeitende Industrie. Die deutsche Chance lag in der Qualität der Fertigware. Die deutsche Wirtschaftspolitik hätte sich also darauf einstellen müssen, durch ein im Vergleich zu den anderen Ländern niedriges allgemeines Preisniveau die Konkurrenzfähigkeit der eigenen verarbeitenden Industrie zu heben. Das Gegenteil geschah. So, wie die Agrarpolitik zu Gunsten des Großgrundbesitzes und zu Lasten der Bauern ging, so verlief die Industriepolitik zum Schutze der Schwerindustrie und zu Lasten der verarbeitenden Industrie.

Die natürliche Folge der hier erörterten beiden wirtschaftspolitischen Grundfehler war, daß die Weltkrise die deutsche Wirtschaft mit doppelter Schärfe erfaßte. Nun folgte, beginnend mit dem Jahre 1930 und insbesondere getragen von der Präsidialgewalt Hindenburgs, der ein ausgesprochener Gegner jeder Agrarreform ist, eine planlose Subventionspolitik einerseits und ein scharfer Lohn- und Gehaltsabbau andererseits. Die Subventionen verfehlten, da man an dem falschen Aufbau der deutschen Wirtschaft nicht rüttelte, ihn im Gegenteil konservierte, ihre Wirkung[41]. Das Einkommen der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Bevölkerungsteile schrumpfte, ohne daß sie einen volkswirtschaftlichen Nutzeffekt sahen. Der Mittelstand – Handel und Gewerbe, freie Berufe – geriet infolge des Absinkens der allgemeinen Kaufkraft in eine immer schwierigere Lage. Die Bauern, denen es bis etwa 1930 leidlich erging, kamen nunmehr auch in Not. Und das unruhevolle Heer der Arbeitslosen schwoll von Monat zu Monat an.[42].

Durch diese Entwicklung verloren die Repräsentanten der neuen deutschen Republik das sachliche Vertrauen der großen Masse. Der Mittelstand, der von jeher den Kern des deutschen Liberalismus gebildet hatte, flüchtete in die mittelalterlich-zünftische Ideologie des Antisemitismus. Die Bauern, die in der Hoffnung auf Land und bäuerliche Agrarpolitik anfänglich mit der Demokratie sympathisierten, verfielen der nationalsozialistischen Agitation für Autarkie. So verschwand die demokratische Partei unbemerkt[43]. Aber auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wurden schwach[44].

---

[40] Vgl. jetzt Martin Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923, Düsseldorf 1978; ergänzend Roland Baier, Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Köln 1980.

[41] Gerhard Schulz, Staatliche Stützungsmaßnahmen in den deutschen Ostgebieten. Zur Vorgeschichte der „Osthilfe" der Regierung Brüning, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. v. Ferdinand A. Hermens u. Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 141–204; Heinrich Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, ebenda, S. 317–360.

[42] Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972; Knut Borchardt, Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik, in: Erdmann/Schulze (Hrsg.), Weimar, S. 211–249.

[43] Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970; Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei-Reichspartei des deutschen

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wir fragen: war der Zerfall der Republik von Weimar Schicksal oder Schuld ihrer Träger? Politisch gesehen Schuld; denn das Volk verzeiht gerade einem demokratischen Regime keinen Mißerfolg. Aber auch eine gerechte historische Kritik wird dereinst das Weimarer Regime nicht freisprechen. Die demokratische Partei wurde ihrer liberalen Ideologie untreu zu Gunsten eines kurzsichtigen Protektionismus. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften leisteten gewiß Hervorragendes auf dem Gebiet der Lohn- und Sozialpolitik. Sie bewiesen aber keinen Gestaltungstrieb in dem in der Hauptsache entscheidenden Bereich der großen Wirtschaftspolitik.
Wille zur Macht, Bewußtsein der Macht und Gestaltungsfähigkeit waren die Eigenschaften, die man in der Wirtschaftspolitik der deutschen Nachkriegsdemokratie vermißt. Wir werden bei der späteren Betrachtung der allgemeinen Staatspolitik dieser Epoche sehen, daß sie an denselben Gebrechen zu Grunde ging.

II. Die innerpolitische Entwicklung

Die Vorgänge im November 1918 waren, im Gegensatz zu dem Staatsstreich von 1933, der nur einen Systemwechsel bedeutet, eine Umwälzung; denn der Staat ging tatsächlich aus den Händen der alten herrschenden Schicht auf Klassen über, die bisher von der Macht ausgeschlossen waren. Im Kaiserreich lag der maßgebende politische Einfluß bei dem preußischen Grundadel, insbesondere seinem ostelbischen Teil, der sogenannten schweren Industrie und der beiden sozial nahestehenden oberen Bürokratie. Nachdem die Oberste Heeresleitung den Krieg verloren gegeben hatte, vollzog sich eine allmähliche Flucht der Träger des Regimes aus der Verantwortung. Sie führte nach dem Zerfall des Übergangskabinetts des Prinzen Max von Baden zur Ausrufung der Republik am 9. November 1918.
Während der in der Zentrumspartei zusammengeschlossene katholische Volksteil sich abwartend verhielt, und während der bürgerlich-liberale Mittelstand die neue demokratische Partei organisierte, fiel die gesamte politische Verantwortung zunächst den Parteien der Arbeiterschaft zu. Unter Führung des gemäßigten Flügels, damals Mehrheitssozialdemokratie genannt, erging die in dem ersten Artikel erwähnte Entscheidung gegen die Rätediktatur und für die Demokratie. In der Nationalversammlung entstand dann aus Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, die die überwältigende Mehrheit repräsentierten, die sogenannte Weimarer Koalition als Trägerin des neuen Systems. An Stelle der alten Mächte traten also die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die liberalen Mittelschichten und der katholische Volksteil[45].

Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972; J. E. Farquharson, The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928–1945, London 1976; Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973; Linksliberalismus in der Weimarer Republik (1980).

[44] Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

[45] Miller, Bürde der Macht; Heinrich Potthoff, Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Düsseldorf 1979; ergänzend Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966; Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweierlei ist kennzeichnend und bedeutsam für die spätere Entwicklung: einmal wurde die damalige Umwälzung nicht von Usurpatoren eingeleitet. Die neuen Männer handelten nicht aus revolutionärem Trieb zur Macht; sie mußten vielmehr die Macht übernehmen, weil das kaiserliche Regiment sich ihrer entledigt hatte und weil das Chaos drohte. Sodann war die Weimarer Koalition von vornherein kein in sich geschlossenes Gebilde. Die Sozialdemokraten ließen sich durch den Vorwurf der ideologischen Unzuverlässigkeit, mit dem man sie naturgemäß von dem radikalen Flügel der Arbeiterbewegung her bekämpfte, in ihrer Unbefangenheit beeinträchtigen. Die Demokraten glaubten, mit der Scheu des mittelständlerischen Bürgertums vor dem sozialistischen Zukunftsstaat rechnen zu müssen. Das Zentrum schließlich fühlte sich durch die Gemeinschaft mit Liberalen und Sozialisten kulturpolitisch leicht kompromittiert. Jeder der drei Partner hatte also gewisse Hemmungen, sich mit den anderen zu zeigen. Diese ursprünglichen Schwächen des republikanischen Regimes wurden natürlich noch fühlbarer, als im späteren Verlauf die Koalition, mehrfach unter Ausschluß der Sozialdemokratie[46], weiter nach rechts verlagert wurde; denn die späteren Regierungsparteien, wie die Deutschnationalen, scheuten sich teilweise, das Wort Republik überhaupt auszusprechen[47]. Aus diesen unglücklichen Zusammenhängen heraus erklärt sich das vielfach in sich Widerspruchsvolle der deutschen Innenpolitik von 1918 bis 1933. Das schicksalhafte Verhängnis war aber schließlich, daß die deutsche Republik niemals eine Persönlichkeit von überragender Kraft in den Vordergrund der innerpolitischen Bühne zu stellen wußte. Kein Name wird in der Geschichte diese Epoche kennzeichnen.

Gleichwohl hat das Weimarer System Leistungen hervorgebracht, deren geschichtlicher Wert durch die geschmacklose Kritik der heutigen Machthaber nicht beeinträchtigt wird. Die erste Leistung besteht darin, daß es der republikanischen Regierung gelang, allen zentrifugalen und separatistischen Kräften zum Trotz die Einheit des Deutschen Reiches zu erhalten. Das ist ein besonderes Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, deren Weg während der abgelaufenen Periode überhaupt durch parteipolitische Opfer[48] zu Gunsten der staatspolitischen Verantwortung gekennzeichnet ist. Das republikanische Regime war weiter ausgezeichnet dadurch, daß es in einer Zeit schärfster sozialer, ökonomischer und weltanschaulicher Gegensätze verstand, die geistige, kulturelle und politische Freiheit sicherzustellen, eine Leistung, die zur Erneuerung der deutschen Weltgeltung bestimmt mehr beigetragen hat, als das manierierte Deutschtum, mit dem die Nationalsozialisten die Nerven der kultivierten Welt strapazieren. Vorbildlich bleiben wird der Ausbau der sozialen Fürsorge durch die Weimarer Republik[49]; keine deutsche Regierung kann wagen, hier einen grundsätzlichen Abbau vorzunehmen. Das wesentlichste und bleibende Verdienst des republikanischen Systems liegt schließlich in der Tatsache, daß die deutsche Arbeiterschaft, im kaiserlichen Deutschland als „vaterlandslose Gesellen" diffamiert, wie die deutschen Republikaner von der heutigen Regierung, zum verantwortungsbewußten Trä-

---

[46] Zwischen den Reichstagswahlen 1920 und 1928 war die Sozialdemokratie in 8 von 12 Kabinetten – ununterbrochen seit Herbst 1923 – nicht mehr vertreten.

[47] Vgl. ergänzend Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.

[48] Miller, Bürde der Macht, S. 450.

[49] Deutsche Sozialpolitik 1918–1928, Erinnerungsschrift des Reichsarbeitsministeriums, Berlin ²1929; Helga Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1952.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ger des Staates erhoben wurden. Die deutschen Arbeiter erblickten in der Republik wirklich ihren Staat.

Und doch zerbrach die deutsche Republik an den Folgen eigener Fehler. Es erscheint heute unbegreiflich, daß die Weimarer Verfassung die Berufung des Reichspräsidenten der Volkswahl und nicht dem Parlament zuwies[50]; denn die innerdeutschen Verhältnisse liegen nun einmal so, daß die Volkswahl in der Regel einem reaktionären Präsidenten zur Macht verhelfen wird. Ein Sozialist hat geringe Aussicht, die Stimmen der bürgerlichen Mittelschicht und der Katholiken zu erhalten. Ein Katholik wird der protestantischen Mehrheit des Volkes in der Regel nicht genehm sein. Ein Liberaler wiederum hat geringe Chancen bei der klerikalen Wählerschaft. Alles das lag im Jahre 1919 so zu Tage, wie heute. Und auch damals hätte man wissen sollen, daß die Völker eine merkwürdige Vorliebe für Generale entwickeln, die einen Krieg verloren haben. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten (1925) war die erste große Niederlage der Republik[51]. Sie schuf die Voraussetzung für die Vernichtung der demokratischen Freiheit auf dem bekannten Wege der Legalität.

Ebenso schwer ist zu verstehen, daß man sich nicht bemühte, die neue deutsche Armee für den Staat zu gewinnen. Das deutsche Offizierskorps war, namentlich in den jüngeren Jahrgängen, keineswegs unbelehrbar reaktionär, sondern vielfach politisch interessiert und bildungsfähig. Es gelang der Sozialdemokratie aber niemals, ihren, in der Kaiserzeit begreiflichen, antimilitaristischen Instinkt auszuschalten und zu der neuen Reichswehr eine innere Beziehung zu gewinnen. So blieb die Armee, deren Bestimmung war, den Staat zu schützen, der Republik fremd. Nach der Wahl Hindenburgs entwickelte sich die Reichswehr zu einem Instrument der reaktionären Kräfte[52].

Es war selbstverständlich, daß die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht die Öffnung anderer Ventile für die deutsche wehrsportliche Passion erforderlich machte. Es war aber verhängnisvoll, daß die Republik den Aufbau ihr selbst feindlicher Wehrverbände, also des Stahlhelms und der SA duldete. Es genügte nicht, das Reichsbanner als republikanische Wehrorganisation zuzulassen, sondern es war ein Gebot der Selbsterhaltung, die anderen Verbände zu unterdrücken. Dies wäre bis zuletzt möglich gewesen. Die Protektoren dieser Verbände, insbesondere Hindenburg, hätten sich der einen Macht ebenso gefügt, wie sie es jetzt der anderen tun[53].

Je näher das Jahr 1930 kam, um so sichtbarer wurde, daß die Republik ohne Entschei-

---

[50] Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.

[51] Auf das historische Vorbild von Mac Mahon, dem Verlierer der Schlacht bei Sedan und späteren Staatspräsidenten einer monarchistisch-klerikalen Mehrheit in Frankreich (1873), hat bereits Anton Erkelenz 1925 in der „Hilfe" hingewiesen; vgl. ergänzend Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933, bearb. v. Martin Schumacher, Düsseldorf 1970, S. 227; Hanns-Jochen Hauss, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten, Kallmünz 1965.

[52] Miller, Bürde der Macht, S. 175 ff.; Otto-Ernst Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover 1955.

[53] Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966; Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; zum Problem von „Staatsschutz und Nationalsozialismus in der Ära Brüning" vgl. die Einleitung von Gerhard Schulz zu der Edition Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning, bearb. v. I. Maurer u. U. Wengst, Düsseldorf 1977, S. VII ff.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dungskampf nicht zu halten war. Die Reichstagswahlen von 1928 hatten der Sozialdemokratie zwar einen großen Erfolg gebracht. Aber das Kabinett Hermann Müller war die willenloseste aller deutschen Regierungen. Es trat 1930 wegen einer Lappalie zurück[54], und Hindenburg beschloß nunmehr, die Sozialdemokratie endgültig auszuschiffen. Mit dieser Richtlinie bildete Brüning[55] sein Kabinett. Die Sozialdemokratie ging anfänglich in die Opposition. Der Reichstag wurde aufgelöst und die Neuwahl brachte den ersten großen Erfolg der Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten konnten nun, da die Regierung ohne sie, als die immer noch bei weitem größte Partei, keine Mehrheit hatte, entweder ihren Wiedereintritt in die Regierung oder die Beteiligung der damals noch verhältnismäßig schwachen Nationalsozialisten an der Verantwortung erzwingen. Man brachte aber keinen dieser Entschlüsse auf, sondern man versuchte die Quadratur des Zirkels, indem man die Regierung Brüning „tolerierte"[56]. Damit ermöglichte man das doppelte Spiel Brünings, wie es der Gerekeprozeß[57] kürzlich in unsympathischer Weise enthüllte. Gleichzeitig gab man der nationalsozialistischen Opposition das Stichwort, alle unpopulären Maßnahmen der Regierung Brüning auf dem Schuldkonto der „Marxisten" zu notieren.

Das zweite Mal wich die Sozialdemokratie der Entscheidung aus, als Hindenburgs Wiederwahl zur Erörterung stand. Vielleicht wäre Hitler damals gewählt worden, wenn Hindenburg nicht von der Sozialdemokratie nominiert worden wäre. Aber die Arbeiter waren damals, wie gerade ihre Disziplin bei der Wahl zeigte, noch bereit, zu kämpfen[58].

Das entscheidende Versagen geschah am 20. Juli 1932, als Hindenburg die Notverordnung erließ, durch die das preußische Kabinett Braun seines Amtes enthoben wurde. Diese Notverordnung war verfassungswidrig, der aktive Widerstand gegen ihre Durchführung also Pflicht der verfassungsmäßigen preußischen Regierung. Hunderttausend Mann der erstklassig bewaffneten preußischen Polizei waren in der Hand dieser Regierung. Hunderttausende Mitglieder der Eisernen Front standen bereit, als Hilfspolizei für die Republik zu kämpfen. Die republikanische Bevölkerung – damals noch die große Mehrheit – hätte diesen Kampf mit allen Mitteln, auch durch einen Generalstreik unterstützt. Aber der erlösende Befehl blieb, nebenbei gegen mein Votum, aus, und so eroberten der be-

---

[54] Timm, Die deutsche Sozialpolitik; Rudolf Morsey, Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings, in: Staat, Wirtschaft und Politik, S. 207–231.

[55] Memoiren, S. 162.

[56] Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 103 ff. („Die Politik der Tolerierung").

[57] Günther Gereke, Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, wurde aufgrund einer Denunziation am 23. März wegen des dringenden Verdachts der Unterschlagung verhaftet und Mitte Juni zu Haft und Geldstrafe verurteilt; Schulthess 74 (1933), S. 77, 156; Horkenbach 1933, S. 255; Brüning, Memoiren, S. 660; zur Verhaftung rechtsstehender Persönlichkeiten im Frühjahr 1933 vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Das Ende der Parteien, S. 541–652, 596; G. Gereke, Ich war königlich-preußischer Landrat, Berlin (Ost) o. J., S. 240 ff. („Ein Schauprozeß").

[58] Ungeachtet der Parteidisziplin in der SPD, die 1932 unter der Devise „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!" in den Reichspräsidentenwahlkampf ging, hätte ein Linkskandidat – Otto Braun oder Paul Löbe – wohl kaum die Unterstützung der KPD oder auch des Zentrums gefunden; vgl. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 444; Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 120; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977, S. 25; Schulz, O. Braun, S. 718 f.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kannte Reichswehrleutnant und drei Mann den preußischen Staat, das letzte Bollwerk der Republik[59].

Aber es geschah das Unwahrscheinliche, die Chance zur Rettung der Demokratie kam noch einmal wieder. Hitler fand nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 nicht den Entschluß zur Übernahme der Macht, sondern führte einen gewundenen Briefwechsel mit Hindenburg, der einen für Hitler sehr unglücklichen Eindruck hinterließ[60]. Der machtpolitische Antrieb der Nationalsozialistischen Partei – ihre Achillesferse – ließ ruckweise nach. Sie erlitt bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 eine so empfindliche Niederlage, daß die ganze Front wackelte. Gleichzeitig war eine gewisse stimmungsmäßige Erholung bei der Sozialdemokratie festzustellen. Es gelang ihr sogar, den Reichskanzler von Papen zu stürzen, und es folgte nun das nach links mehr vermittelnde Kabinett von Schleicher. Schleicher wußte die Niederlage der Nationalsozialisten geschickt auszunutzen, er trieb die Bewegung weiter zurück. Als Schleicher jedoch anläßlich einer öffentlichen Kampagne, die von Zentrums- und sozialdemokratischer Seite über die von Hindenburg geforderte skandalöse Subventionierung des ostelbischen Großgrundbesitzes, diese Subventionierung nicht sehr energisch verteidigte, gelang es Papen, Schleichers Sturz im Reichspräsidentenpalais durchzusetzen. Es folgte jetzt die spannungsgeladene Stille vor der letzten Entscheidung. Hitler zögerte wiederum, wie früher, halb sehnsüchtig. Die republikanischen Massen erhofften das Zeichen zum Endkampf. Als klar war, daß dieses Zeichen nicht gegeben wurde, bezog Hitler kampflos die Reichskanzlei. Er konnte dann risikolos den Rachefeldzug gegen die Republikaner unternehmen, der sich jetzt als eine der geschmacklosesten Episoden der neueren deutschen Geschichte vor den Augen der Welt abspielt[61].

---

[59] Zur Stimmung in der Arbeiterschaft vgl. neuerdings das Interview von Hans O. Hemmer mit dem Bergarbeiter(funktionär) Karl van Berk („Wir haben unsere letzte, unsere große Stunde verpaßt", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 33, 1982, S. 478–485); Erich Matthias (Die sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 144) urteilte 1960 abwägend: „Wie sehr auch der Boden schwankt, auf dem sich unsere Betrachtung bewegt, sicher ist folgendes: mit dem 20. Juli war die letzte Chance einer Ausweitung der republikanischen Widerstandsbasis nach rechts und links verscherzt; und die Auswirkungen eines vollen Mißerfolges hätten nicht verheerender sein können als die politischen und psychologischen Folgen der Untätigkeit." Zu einer eher skeptischen Einschätzung des demokratischen Machtpotentials vgl. neuerdings Schulze, O. Braun, S. 746 ff.; Hsi-Huey Liang, Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik, Berlin 1977; Richard Saage, Das Dilemma der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich 1918 bis 1934, in: Jb. d. Instituts für dt. Geschichte (Tel-Aviv) IX, 1980, S. 429–474, 465 f.; Karl Dietrich Bracher, Zwischen Machtvakuum und Austrofaschismus – Zur Krise der österreichischen Parteiendemokratie in den dreißiger Jahren, in: Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, S. 209–221, 216; Brüning (Memoiren, S. 582) „warnte" Severing vor der „Illusion" Kleppers „und einer gewissen Clique in seinem Ministerium und im preußischen Staatsministerium", notfalls die Schupo gegen die Reichswehr einzusetzen.

[60] In einer Besprechung mit Hindenburg verlangte Hitler am 13. August 1932 „die Führung einer Regierung und die Staatsführung in vollem Umfange für sich und seine Partei", was der Reichspräsident „mit Bestimmtheit" ablehnte. Vgl. Schulthess 73, 1932, S. 140 f.; die Aufzeichnung, die Staatssekretär Meissner darüber anfertigte, ist abgedruckt bei Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 479 f.; ergänzend Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 132 f., 338 f.

[61] Gottfried R. Treviranus, Zur Rolle und zur Person Kurt von Schleichers, in: Staat, Wirtschaft und Politik, S. 363–382; Arnold Brecht, Gedanken zur Verantwortung für Hitlers Ernennung zum

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. Die äußere Politik der Republik

Auch die politische Begabung der Völker ist differenziert. Es gibt Länder, wie z. B. England und Frankreich, die eigentlich immer Talente herausstellen, und andere, in denen politische Begabungen selten sind. Zu den letzteren gehört Deutschland. Der deutsche Volkscharakter zeigt mehrere Eigenschaften, die als Hemmnisse einer erfolgreichen Außenpolitik wirken. Den Deutschen fehlt, so merkwürdig das gerade jetzt klingen mag, ein ausgeglichenes nationales Selbstbewußtsein. Es gibt viele Menschen, die zwischen Minderwertigkeitsgefühlen und unliebenswürdiger Anmaßung schwanken. Sie können deshalb ihr Verhältnis zu der Umwelt niemals mit dem Charme gestalten, der aus einem natürlichen Selbstbewußtsein fließt. Ähnlich hat die Beziehung Deutschlands zur Welt etwas Ungleichmäßiges, Labiles an sich. Hiermit hängt eine weitere deutsche Eigenschaft zusammen. Das ist ein seltsamer Mangel an Wahrnehmungsvermögen für das Atmosphärische in der Politik. Es ist geradezu typisch für die deutsche Außenpolitik, daß sie in entscheidenden Augenblicken von der Reflexwirkung ihrer Aktionen in der Welt völlig überrascht wird und dann die Fassung verliert. Die Zeit von Bismarcks Sturz bis zum Kriegsausbruch enthält bekannte Beispiele hierfür. Wenn nicht Vieles trügt, steht auch das neue nationalsozialistische Regime unmittelbar vor solchen Erfahrungen. Schließlich, und auch diese Eigenschaft hängt mit den beiden erwähnten zusammen, haben die Deutschen eine besonders geringe Assimilationsfähigkeit. Mag es sich um die Juden, die Polen, die Elsässer, die Österreicher oder um die Schweizer handeln, niemals ist es den Deutschen gelungen, eine innere Beziehung herzustellen, die einen einheitlichen Organismus bildet. So ist auch die naive rassische Ideologie der Nationalsozialisten nichts anderes als ein Minderwertigkeitskomplex. Aus diesen veranlagungsmäßigen Vorbelastungen erklärt es sich, daß das deutsche Charakterbild in der Welt unablässig schwankt, daß immer wieder die Frage gestellt wird: ist es das Volk der Dichter und Denker, oder ist es die Bestie mit dem Gehirn des Ingenieurs?

Die Mängel seiner politischen Begabung hatten Deutschland seit der Reformationszeit, wie man heute sagen würde, als Weltmacht neutralisiert; es hob seine politischen Kräfte in sich auf. Als es unter Bismarcks Führung erneut als einheitliches Gebilde, wenn auch nur als Rumpfgebilde, auftrat, stand es einer bereits bestehenden Gesellschaft der Nationen gegenüber. Da Bismarck als eine der seltenen Ausnahmen ein großes politisches Talent war, ging der deutsche Start unverhältnismäßig glatt von statten. Aber bereits die Wilhelminische Ära mündete in die Katastrophe von 1918, deren abstrakte Bedeutung darin bestand, daß Deutschland als nicht anpassungsfähiges, die Gemeinschaft gefährdendes Wesen in eine Art moralischer Quarantäne gelegt wurde. In diesem Augenblick übernahm die Republik die außenpolitische Verantwortung. Die Aufgabe dieser Politik bestand also darin, den verlorenen moralischen und ökonomischen Lebensraum zurückzugewinnen.

Deutschen Reichskanzler, ebenda, S. 383–391; zur Massenbasis der NSDAP in den Wahlen 1930–1933 und zur Regierung Schleicher vgl. resümierend Volker Hentschel, Weimars letzte Monate, Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1978 ([2]1980), S. 16 ff., 79 ff.; zur Wahlentwicklung allgemein Martin Schumacher, Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie, Düsseldorf 1976; Jürgen W. Falter (Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28–29 N. 14. Juli 1979, S. 3–21) leitet eine Arbeitsgruppe der Bundeswehrhochschule München, die Alter, Geschlecht, regionale Herkunft und sozialen Status der NSDAP-Wähler in den Jahren 1928 bis 1933 untersucht.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist nicht der Zweck der hier angestellten Betrachtungen, Schuldfragen internationaler Art zu analysieren. Vielmehr soll die deutsche Politik nur unter dem Gesichtspunkt eigenen Erfolges und eigener Verantwortlichkeit erörtert werden. Wir müssen deshalb die Frage, ob der Vertrag von Versailles vom Standpunkt der anderen aus gesehen eine glückliche Liquidation des Krieges war, dahingestellt sein lassen. In jedem Fall aber war die Haltung, in der die ersten deutschen Regierungen diesem Instrument gegenübertraten, verhängnisvoll. Entweder mußte man den Friedensschluß als unvermeidliches Erbe des kaiserlichen Regimes akzeptieren, dann aber die Verantwortlichen rücksichtslos zur Rechenschaft ziehen. Oder man mußte kategorisch ablehnen. Unmöglich aber war, was geschah, nämlich zunächst abzulehnen, dann aber dem Druck von außen zu weichen und zu unterschreiben[62].

Die Folge dieses Mangels an Haltung bestand in einer unglückseligen Verschiebung der Diskussion in Deutschland. Sie gestattete es den Repräsentanten gerade des alten Regimes, vierzehn Jahre lang dem Volke einzureden, alle seine Not sei die Folge der Würdelosigkeit, die die Republik bei Friedensschluß gezeigt habe.

Die Art, in der die Beendigung des Krieges erfolgte, störte gleichzeitig in einer zwangsläufigen Weise den Charakter der deutschen Außenpolitik. Hätte die Republik von Anfang an ihr Prestige in der angedeuteten Art gewahrt, so hätte es die Richtlinie der deutschen Politik sein können, den abgeschlossenen Vertrag loyal zu erfüllen, wie es Frankreich nach dem Frankfurter Frieden [1871] möglich war. So aber ließ die Republik sich von vornherein in die mißliche Lage drängen, daß sie die geschaffene Situation anerkennen, sie aber gleichzeitig bekämpfen mußte. Auf diese Weise erhielt die deutsche Politik den Anschein der Doppelzüngigkeit, der so lange der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens hinderlich gewesen ist.

Erkennt man diese negativen Voraussetzungen der deutschen Außenpolitik nach dem Kriege, so wird man mit um so größerer Bewunderung die Tätigkeit Stresemanns[63] verfolgen. Das Wesentliche und für deutsche Verhältnisse Außergewöhnliche seiner Persönlichkeit war, daß er den Mut hatte, unter Hinwegsetzung über alles Innerdeutsch-Sentimentale einfach und rationalistisch zu handeln. Trotz Versailles bekannte er sich zum europäischen Frieden. Er sah, daß die Voraussetzung dieses Friedens die unmittelbare Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ist. Deshalb beschritt er den geraden Weg nach Paris, nach der Stadt, in der die Deutschen das Zentrum der antideutschen Politik sahen. Weil diese Politik Stresemanns so mutig war, glaubte die Welt ihm, daß sie auch ehrlich war. So gelang es Stresemann, seine Aufgabe zu lösen, nämlich jene moralische Quarantäne, die die Republik als kaiserliches Erbe übernommen hatte, zu durchbrechen und das deutsche Prestige wiederherzustellen.

Unter Stresemanns Verantwortung nahm Deutschland das Dawesgutachten [1924] an. Obwohl die ökonomische Konzeption dieses Planes bald überholt wurde, war diese Entscheidung politisch richtig; sie schuf die Begrenzung der Reparationslasten. Auch die Verknüpfung des Youngplanes [1929] mit der Befreiung der besetzten Gebiete war politisch richtig. Die wirtschaftlich falschen Ergebnisse, zu denen man im Youngplan gelangte, fal-

---

[62] Zur innenpolitischen Problematik der Friedensfrage vgl. die in der Reihe „Akten der Reichskanzlei" erschienenen Editionen der Kabinette Scheidemann (bearb. v. Hagen Schulze, 1971) und Bauer (bearb. v. Anton Golecki, 1980).

[63] Zur Einschätzung der Politik Gustav Stresemanns als Reichskanzler (1923) und Reichsaußenminister vgl. die vorliegenden „Akten der Reichskanzlei" (Lücke: 1926/28).

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len, wenn man die Verantwortlichkeit der deutschen Unterhändler prüfen will, nicht Stresemann, sondern Schacht zur Last, obwohl dieser sehr früh versucht hat, die Verantwortlichkeit abzuschieben. Die Methode, dem Gläubiger zehn Prozent anzubieten, ihm aber, wenn er hart bleibt, hundert Prozent zu bewilligen, dann aber wieder zu erklären, man habe mehr versprochen, als man halten könne, ist schon im kleinen Geschäftsleben unpraktisch. Jedenfalls eignet sie sich aber nicht für die große Politik[64].

Die Epoche der deutschen Außenpolitik, die Stresemanns Namen trägt, war, obwohl dieser Name kürzlich von den Straßenschildern in Deutschland entfernt worden ist[65], zum ersten Male seit Bismarcks Sturz erfolgreich. Aber bereits unter Brüning begann der Abstieg. Brüning war gewiß politisch ernsthaft. Aber seine innere Zerrissenheit, die ihn innerpolitisch zwischen der Klippe der christlichen Demokratie und des ständischen Konservatismus scheitern ließ, machte auch seine Außenpolitik kompliziert und unklar. Zudem geriet er in wachsende Abhängigkeit von dem bei Hindenburg dominierenden instinktlosen Ostelbiertum.

Zwar erkannte Brüning intellektuell die Notwendigkeit der deutsch-französischen Verständigung. Aber die deutsche Politik fiel unter seiner Leitung in den Fehler zurück, zu glauben, man könne dies Ziel durch mittelbare Druckwirkungen, insbesondere auf dem Wege über die anglo-amerikanischen Mächte forcieren. Dadurch wurde das stärkste Aktivum aus Stresemanns Erbe, das beginnende unmittelbare Vertrauen zwischen Deutschland und Frankreich im Werte gemindert.

Das entscheidende Unternehmen dieser Art war die Überraschung Frankreichs mit der deutsch-österreichischen Zollunion. Abgesehen von dem wenig imposanten Rückzuge, zu dem die deutsche Politik gezwungen wurde, provozierte die Zollunion den Angriff der französischen Banken auf die Österreichische Kreditanstalt. Der Zusammenbruch dieser Bank löste in der internationalen Finanzwelt die letzten Zweifel über die Widerstandsfähigkeit der deutschen Kreditbanken. Auf diese Weise war die deutsch-österreichische Zollunion der Anlaß zu der deutschen Bankenkrise vom Juli 1931. Alsbald nach dem Fall der Österreichischen Kreditanstalt setzte der Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder aus Deutschland ein[66].

Den Einfluß, den die deutsch-französische Abkühlung nach Stresemanns Tod [am 3. Okt. 1929] so nicht nur auf die Wirtschaftslage Deutschlands, sondern auf den gesamten Verlauf der Weltwirtschaftskrise ausgeübt hat, schon jetzt abschließend zu beurteilen, ist nicht möglich. Man wird ihn aber kaum überschätzen können. Jedenfalls sind die geschilderten Zusammenhänge ein Symptom dafür, in welchem Maße nicht nur die beiden beteiligten Länder, sondern die Welt an der endgültigen unmittelbaren Bereinigung des deutsch-französischen Verhältnisses interessiert sind.

Die aus der mißglückten deutsch-österreichischen Zollunion resultierende Not wußte

---

[64] Zum Verhalten des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schlacht während und nach den Young-Verhandlungen vgl. neuerdings Heinz Pentzlin, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980, S. 110 ff.; die amtlichen Akten des Kabinetts Müller II wurden von Martin Vogt 1970 in der Reihe „Akten der Reichskanzlei" ediert.

[65] Vgl. Schulthess 74, 1933, S. 105: „Es ist unsere Ehrenpflicht, die Namen der Novemberverbrecher von unseren öffentlichen Straßen und Plätzen zu entfernen" (Hitler).

[66] Zum Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt vgl. Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967, S. 64 ff.; zur Verhandlung (21. März) der Zollunionspläne und zum Verzicht (3. September 1931) vgl. Schulthess 72, 1931, S. 88 ff., 200.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brüning zeitweise zu einer Tugend umzugestalten. Sie gab ihm im Zusammenhang mit dem Hoover-Moratorium[67] die Gelegenheit, die endgültige Regelung der Reparationsfrage vorzubereiten. Hundert Meter[68] vor diesem Ziele wurde er von Hindenburg gestürzt, weil er dessen uferlose Subventionspolitik zu Gunsten des ostelbischen Großgrundbesitzes fortzusetzen nicht imstande war[69]. Interessanterweise das gleiche Hindernis, vor dem neuerdings Hitler haltgemacht hat[70].

Es ist zweifelhaft, ob man den auf Brünings Sturz folgenden kurzen Abschnitt Papen-Schleicher-Neurath noch der Weimarer Republik zur Last schreiben darf. Auf der Konferenz von Lausanne gelang es Deutschland, zu dem von Brüning vorbereiteten Abschluß zu gelangen, trotz Papen[71]. Seitdem war die deutsche Außenpolitik unfruchtbar und leblos. Lediglich einige Reibungstöne begleiten den Prozeß, in dem Deutschland aus der Weltpolitik ausscheidet.

IV. Die Exposition des Nationalsozialismus[72]

Das deutsche Volk besteht annähernd zu neunzig vom Hundert aus Menschen, die auf Lohn und Gehalt angewiesen sind und denen die ökonomische Entwicklung die Chance einer prinzipiellen Änderung dieses Zustandes nicht bietet. Das deutsche Volk ist also proletarisch. Für einen nennenswerten Teil dieser Menschen, namentlich für das deklassierte Kleinbürgertum, steht diese Aussichtslosigkeit der Lebensgestaltung in wirklichem oder gefühlsmäßigem Zusammenhang mit dem Verlust des Krieges und mit dem Friedensvertrag. Der sozialreformistische Versuch, als den man die Politik der Weimarer Republik bezeichnen darf, endete mit einer Enttäuschung. Die diesem Tatbestand entspringenden Ressentiments weisen also in die Richtung einer Synthese zwischen Nationalismus und Sozialismus.

---

[67] Born, Bankenkrise, S. 78 ff. Zum Problem der Reparationen, der Politik Brünings und der Weltwirtschaftsentwicklung vgl. die Beiträge von Franz Knipping, Winfried Gosmann, J. Becker, Knut Borchardt in dem von Josef Becker und Klaus Hildebrand hrsg. Sammelband „Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929–1933", München 1980, S. 211 ff.

[68] Brüning, Memoiren, S. 588: „Ich sprach am [11. Mai im Reichstag] von der Notwendigkeit, die letzten Minuten die Nerven zu behalten, und benutzte das Bild der letzten 100 Meter vor dem Ziel. Die Rede erntete stürmischen Beifall bei der Mehrheit des Hauses." Vgl. Sten. Berichte, Bd. 446, S. 2602. In einer vertraulichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags nahm Brüning am 24. Mai die Formulierung noch einmal auf; vgl. H. Brüning, Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmannes, hrsg. v. Wilhelm Vernekohl (†) unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Münster 1968, S. 165–188, 182.

[69] Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik; Dieter Gessner, Agrarprotektionismus und Welthandelskrise 1929/32. Zum Verhältnis von Agrarpolitik und Handelspolitik in der Endphase der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 26 (1978), S. 161–187; Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: GWU 1979, S. 538–551.

[70] Die Niederschrift des Artikels war offenbar vor dem Rücktritt des deutschnationalen Ernährungsministers Alfred Hugenberg am 29. Juni abgeschlossen.

[71] Zur Reparationskonferenz in Lausanne im Sommer 1932 vgl. Brüning, Memoiren, S. 613 f., 616 f.; Politik und Wirtschaft, passim. Konstantin Frhr. v. Neurath war Außenminister unter Papen, Schleicher und Hitler bis Anfang 1938.

[72] Bisher unveröffentlicht; datiert: Paris (32 Rue Hamelin), den 24. Juli 1933.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da diese Synthese ja in der Tat sehr problematisch ist, stieß Herr Hitler vor seinem Amtsantritt gelegentlich auf die Frage, in welcher Weise er dem von ihm verkündeten „deutschen Sozialismus" nach der Machtergreifung Gestalt zu verleihen gedenke. Er pflegte zu erwidern, das könne er vorläufig nicht enthüllen; denn sonst bestünde die Gefahr, daß Juden und Marxisten sein gedankliches Gut mißbrauchten. Aber tatsächlich stehen wir auch noch jetzt, sechs Monate nachdem die Nationalsozialisten die Verantwortung übernommen haben, einem Aktivismus gegenüber, dessen wesentliche Eigenschaft eine ausgesprochene Substanzlosigkeit ist. Der der technischen Vorstellungswelt entlehnte Ausdruck „Gleichschaltung" kennzeichnet diesen Zustand in hervorragender Weise. Man hat die politische Maschinerie gleichförmig eingestellt, man läßt sie mit voller Kraft laufen, und sie steigt auf eine übernormale Tourenzahl, weil sie im Leerlauf geht.

Die Merkmale dieser „Gleichschaltung" bestehen darin, daß die Stellen des staatlichen und körperschaftlichen Organismus, an denen die Betätigung einer politischen Willensbildung möglich ist, mit Anhängern der Partei besetzt sind. Diesen Prozeß trieb man über die Ämter innerhalb der Staatsverwaltung, die parlamentarischen Gremien, die Interessenvertretungen der Wirtschaft und die Gewerkschaften der Arbeitnehmer dank der uns Deutschen eigenen Systematik in die abstrakt geistige Sphäre hinein bis zu den kynologischen Vereinigungen[73].

Gleichzeitig wurde diese Umstellung gegen künftige Störungen lückenlos abgesichert. Die in der Reichsverfassung gewährten Grundrechte wurden aufgehoben, die ökonomische und geistige Autonomie von Einzel- und Gesamtpersönlichkeiten beseitigt, die Pressefreiheit abgeschafft, die Entlassung von Beamten und Richtern ohne förmliches Verfahren ermöglicht. Schließlich schuf man in der Geheimen Staatspolizei[74] und deren Vollzugsorgan, der Privatarmee der Partei (SS und SA), zwei Terrorinstrumente, die dem nicht gefügigen Volksgenossen die Alternative zwischen Emigration oder Konzentrationslager stellen.

Sieht man davon ab, daß das neue deutsche Regime die ethischen Grenzen, die die neuzeitliche Zivilisation der politischen Machtausübung gezogen hat, nicht anerkennt, so muß man es außerordentlich bedauern, daß die einzigartige Machtfülle, die der Staatsführung zugefallen ist, in einer rein formalen Wirkung verpufft. Die Gleichschaltung sieht nämlich von einer materiellen Lösung der verwaltungsorganisatorischen Probleme in Deutschland ab. Es war wirklich an der Zeit, die deutschen Länder zu dem umzubilden, was sie funktionell nur noch sein können, nämlich zu Organen der unpolitischen Selbstverwaltung. Der Charakter der von Hitler vorgenommenen „Reichsreform" ist aber geradezu entgegengesetzt. Einerseits wird der der Selbstverwaltung zu Grunde liegende Gedanke der Selbstverantwortung durch den von oben wirkenden autoritativen Druck neutralisiert. Sodann sind dadurch, daß die staatsrechtliche Struktur von Reich und Ländern unberührt geblieben ist, daß lediglich den Ländern der „Statthalter" als zusätzliche Spitze aufgesetzt ist, gerade Reservoire für den zur Zeit verdrängten Partikularismus angelegt. Diese Reservoire werden, wenn das Regime schwach wird oder stürzt, sehr gefährlich

[73] Vgl. das Stichwort „Gleichschaltung" im Sachregister des Horkenbach (Das Deutsche Reich von 1918 bis heute) 1933, S. 1064; Helmut Krausnick, Stationen der Gleichschaltung, in: Der Weg in die Diktatur 1918–1933, München 1962, S. 180; Konrad Repgen, Hitlers Machtergreifung und der deutsche Katholizismus. Versuch einer Bilanz, Saarbrücken 1967, S. 14.

[74] Zur Schaffung des Geheimen Staatspolizeiamts in Preußen (Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 8) Ende April vgl. Horkenbach 1933, S. 185.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein, denn da der formale Apparat erhalten bleibt, ist es leicht denkbar, daß die Reaktion auf die „Gleichschaltung" zu einem partikularistischen Rückschritt über den Stand von 1914 hinaus führt, zumal Österreich einen natürlichen Kristallisationspunkt für solche Tendenzen bietet. Schließlich sind keinerlei Schritte unternommen worden, um die unsystematische und natürlich auch kostspielige Verflechtung von Reichs-, Länder- und Kommunalverwaltungen zu entwirren. Es ist zwar alles politisch uniformiert, es ist ein Personalschub von ungeheuerem Ausmaß durchgeführt, im übrigen ist aber alles beim alten geblieben[75].

Die Entwicklung der Staatsfinanzen ist negativ. Man hat zwar versucht, durch Herausnahme durchlaufender Posten aus den Etats den Anschein einer Verminderung der Ausgaben zu erwecken. Aber dies primitive Mittel ist kaum geeignet, bei Laien falsche Vorstellungen hervorzurufen. Betrachtet man die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden sowie von deren körperschaftlichen Anhängseln einheitlich, so zeigt sich, daß die öffentlichen Ausgaben erheblich gestiegen sind. Abgesehen von den Kosten, die die Finanzierung von SS und SA, der in der Aufstellung begriffenen Arbeitsdienstarmee, der Ausbau des Luftfahrtwesens und die amtliche Propaganda erfordern, ist auch der Aufwand für allgemeine Staatsrepräsentation stark erhöht.

Die Entwicklung der Einnahmeseite ist der allgemein rückläufigen Tendenz der Wirtschaft entsprechend abfallend, da das Steueraufkommen naturgemäß dem Krisenverlauf adäquat bleibt.

Als schwierigste Fragen der deutschen Finanzpolitik zeigten sich bereits lange vor dem Regierungsantritt Hitlers der vorliegende offene Bankerott einer Reihe von kleineren Ländern und der Mehrzahl der großen Kommunen sowie eine akute finanzielle Krise bei den öffentlichen Versicherungsträgern. Keine dieser Fragen ist gelöst worden[76].

Es gehört zwar zum Wesen der Krise, daß die öffentliche Finanzgebarung gewissermaßen hinter dem Abgleiten der Prosperität herläuft, daß also jede Sanierung der Staatsfinanzen nach einiger Zeit überholt ist und deshalb erneuert werden muß. Das Bedenkliche der Finanzgebarung der gegenwärtigen deutschen Regierung besteht aber darin, daß sie alle Versuche dieser Art aufgegeben hat. Sie ist vielmehr dem alten liberalen Irrtum anheimgefallen, zu glauben, man könne durch eine nachgiebige Steuerpolitik wirtschaftsbelebend wirken. Formal hat man die Etats durch optimistische Einnahmeschätzungen ausgeglichen. Die kassenmäßig vorhandenen Fehlbeträge werden aber durch kurzfristige kreditmäßige Manipulationen, letzten Endes also durch illegitime Geldschöpfung überbrückt. Diese Finanzpolitik könnte sich als spekulativ richtig erweisen, wenn ihr eine große konjunkturelle Welle zu Hilfe käme. Tritt eine solche Wirtschaftsbelebung aber nicht in absehbarer Zeit ein, dann führt diese unseriöse Finanzpolitik mit absoluter Gewißheit zum Zusammenbruch der Währung, denn gegenüber den finanziellen Bedürfnissen des Staates gibt es ja weder Stillhaltevereinbarungen noch Moratorien.

[75] Aufgrund des „Ermächtigungsgesetzes" wurde im März und April die als „Neuordnung von Reich und Ländern" verbrämte „Gleichschaltung" vollzogen; im Horkenbach ist das Stichwort „Reichsreform" nicht vermerkt, die Sache unter „Gleichschaltung" subsumiert.

[76] Das Reichshaushaltsgesetz für 1933 war vom Kabinett am 27. Juni angenommen worden; der Gesamtfehlbedarf des ordentlichen Haushalts des Reiches erhöhte sich im Rechnungsjahr 1933 von 1880,0 Mill. RM auf 2110,0 Mill. RM; unter Berücksichtigung der Fehlbeträge der ordentlichen Haushalte seit 1930 betrug der rechnungsmäßige Fehlbetrag 330,0 Mill. RM; die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben stiegen im Rechnungsjahr 1933 gegenüber 1932 geringfügig an. Horkenbach 1933, S. 264 f., 729, 731.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als die Sozialdemokratie vor vierzehn Jahren zur Macht gelangte, entwickelte sich in den Reihen ihrer Anhänger eine starke ideologische Bewegung mit dem Ziel grundlegender Umwandlungen des ökonomischen und sozialen Systems. Auch damals zeigte sich das, was Herr Hitler „antikapitalistische Sehnsucht" nennt. Nach einiger Zeit verkündeten aber die Repräsentanten des neuen Staates, zunächst sei es die einzige Aufgabe, die heimkehrende Armee in den Arbeitsprozeß zurückzuführen, alle anderen Programmpunkte müßten zurückgestellt werden[77]. Hierbei hatte es dann sein Bewenden. Dieses Mal waren es der angekündigte ständische Aufbau, die Ablösung des Eigennutzes durch den Gemeinnutz und die von Herrn Ley, dem Führer der „Arbeitsfront", ausgesprochene Beförderung des deutschen Proletariers zum Herrenmenschen, die den Aufbruch der Nation soziologisch beflügelten. Inzwischen hat aber auch Herr Hitler alle Programmpunkte zurückgestellt, mit Ausnahme des gleichen einen[78]. Eine pikante Duplizität der Ereignisse.

Das wirtschafspolitische Ergebnis der halbjährigen nationalsozialistischen Regierungstätigkeit ist trostlos. Es war gewiß nicht zu erwarten, daß Hitler den spezifischen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, Beseitigung der Hemmnisse des internationalen Güteraustausches und Vertrauen zur politischen Stabilität, näherkommen werde. Daß aber als seine einzigen Erfolge die völlige ökonomische Isolierung Deutschlands, ein mißglückter Versuch, die deutsche Fettwirtschaft zu organisieren, und die Zerstörung des jüdischen Mittelstandes blieben, hatte wohl niemand erwartet. Nicht einmal der bäuerlichen Kerntruppe der Partei kann man etwas vorweisen. An Stelle der versprochenen Brechung der Zinsknechtschaft und der Aufteilung des Großgrundbesitzes offerierte der aus Südamerika zugewanderte deutsche Landwirtschaftsminister, Herr Darré, vor wenigen Tagen der erwartungsvollen Landwirtschaft eine „Organisation zur Pflege bäuerlicher Kultur[79].

Die gleichgeschaltete Presse berichtet in Deutschland häufig von einer beginnenden Wirtschaftsbelebung. Es ist richtig, daß der Beschäftigungsgrad der Rüstungsindustrie gestiegen ist. Ebenso macht sich in der Textilindustrie die Nachfrage nach Uniformen und Fahnen bemerkbar. Im übrigen ist aber lediglich eine Verschärfung der Krise festzustellen. Da Deutschland ein Verarbeitungsland ist, ist die Schrumpfung des Außenhandelsvolumens ein untrüglicher Maßstab für die Entwicklung der Prosperität. Im Juni dieses Jahres erreichte der deutsche Außenhandel nur noch 40 Prozent des gleichen Monats im Vorjah-

---

[77] Bereits in der Ansprache Friedrich Eberts an die Truppen beim Einzug in Berlin am 10. Dezember 1918 kam der Begriff „Sozialismus" nur einmal vor: „Arbeit ist die Religion des Sozialismus." Im Satz davor hieß es: „Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein." Zitiert nach Gerhard A. Ritter/Susanne Miller (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 140.

[78] Möglicherweise Anspielung auf die Reden Hitlers am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld („Aufbauprogramm") oder am 12. Mai an die Treuhänder der Arbeit („unser großes Wiederaufbauwerk"); Horkenbach 1933, S. 193 ff.; Schulthess 74, 1933, S. 173 f. Dr. Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront, die Mitte Juli Massenaufmärsche veranstaltete; vor der schlesischen Arbeitsfront sagte Ley am 20. Juli, „daß jetzt der deutsche *Arbeiter* eingeordnet sei als *gleichberechtigter Volksgenosse*"; Horkenbach 1933, S. 298.

[79] R. Walter Darré wurde am 29. Juni zum Nachfolger Hugenbergs als Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979; ergänzend Pentzlin, H. Schacht, S. 205 ff. – Die Reichsstelle für Öle und Fette wurde durch Verordnung vom 4. April 1933 ins Leben gerufen.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

re[80]. Die hieraus zu ziehenden Schlüsse werden auch nicht widerlegt durch die von der deutschen Regierung veröffentlichten Ziffern über die Abnahme der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung. Denn vermindert hat sich wirklich nur die Zahl der Unterstützungsempfänger, nicht aber die der Erwerbslosen. Einmal kommt in den bekanntgegebenen Ziffern zum Ausdruck, daß die Mitglieder der SA und SS, die zum großen Teil erwerbslos sind, keine Erwerbslosenfürsorge mehr erhalten. Eine weitere Verminderung der Unterstützungsempfänger bewirkt die Aufstellung der Arbeitsdienstarmee. Schließlich werden neuerdings die Erwerbslosen, die in dem Verdacht stehen, politisch unzuverlässig zu sein, aus dem Kreis der Unterstützungsberechtigten gestrichen, weil ihre Erwerbslosigkeit als „selbstverschuldet" angesehen wird. Die korrespondierende Erscheinung ist, daß in großem Umfange politisch unliebsame Arbeiter und Angestellte entlassen und an ihrer Stelle Mitglieder der nationalsozialistischen Partei eingestellt werden. Auf diese Weise erklären sich die Ziffern, die über die Neueinstellung von Arbeitern bekanntgegeben werden[81].

Auch unter den heutigen währungspolitisch anormalen Verhältnissen gestattet schließlich die Zahlungsbereitschaft einer Volkswirtschaft gegenüber der Umwelt einen Schluß auf ihren Wirkungsgrad. Dies gilt im besonderen für ein Land, das in solch hervorragendem Maße auf internationalen Güteraustausch abgestellt ist, wie Deutschland. Die Erklärung des deutschen Auslandsmoratoriums war gewiß währungspolitisch notwendig. Es ist aber eine Irreführung, wenn Herr Schacht erklärt, die Aufbringung der fälligen Zahlungen an das Ausland bereite keine Schwierigkeiten, sondern nur ihre Transferierung. Denn die von ihm angewandte Methode, den inländischen Schuldner zwar so liquide zu stellen, daß er zahlen kann, die Zahlungsmittel aber alsbald wieder der eigenen Disposition zu unterstellen, ist einerseits nur die Fiktion einer Aufbringung, andererseits eine neue inflatorische Maßnahme[82].

Der mehr und mehr unterbrochene Zahlungsverkehr Deutschlands mit der Außenwelt und die politische Aversion, die gegen das neue deutsche Regime aufkommt, muß eine zunehmende Schrumpfung des deutschen Produktionsvolumens im Gefolge haben. Die natürliche Gegenwehr der deutschen Wirtschaft muß darin bestehen, daß sie versucht, dem Export entgegenstehende Hindernisse durch Unterbietung der Konkurrenz zu überwinden. Deutschland würde dann auf dem Weltmarkt eine ähnliche Rolle spielen wie Rußland. Diese Entwicklung ist aber nur möglich, wenn das deutsche Lohnniveau noch einmal scharf gedrückt wird. Aus dieser Erkenntnis erklärt sich die neuerliche scharf kapitalistische Wendung der deutschen Regierung, deren sichtbarer Ausdruck die Einsetzung des „Generalrates der Wirtschaft"[83] ist.

Der Mangel an materieller Initiative, den wir auf allen Gebieten der inneren Politik fest-

---

[80] Von 1932 zu 1933 nahm die Einfuhr wertmäßig um 9,3%, die Ausfuhr um 15,1% ab, jedoch jeweils deutlich geringer als von 1931 zu 1932; Horkenbach 1933, S. 739, 741 ff.; Pentzlin, H. Schacht, S. 210.

[81] Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Juni 4,4 Mill.; die im Arbeitsdienst Beschäftigten wurden bis Ende Juli als Arbeitslose mitgezählt; im Jahresdurchschnitt ging die Zahl der Arbeitslosen von 5,6 Mill. auf 4,8 Mill. zurück; Horkenbach 1933, S. 747.

[82] Zu dem am 8. Juni vom Reichskabinett verabschiedeten Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vgl. Schulthess 74, 1933, S. 153, 165 f.; Horkenbach 1933, S. 247 f.; Pentzlin, H. Schacht, S. 210 ff.

[83] Von Hitler am 15. Juli 1933 berufen; Schulthess 74, 1933, S. 1979; Horkenbach 1933, S. 290.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellen mußten, ist auch das Kriterium der nationalsozialistischen Außenpolitik. Nach einem grausam mißglückten außenpolitischen Propagandaversuch, dessen bekanntester Ausschnitt das Debut des Herrn Rosenberg[84] in London ist, und nach der moralischen Abschließung des Regimes infolge der Judenverfolgungen und des sonstigen inneren Terrors griff eine ängstliche Nervosität Platz. Der Judenboykott[85] wurde plötzlich abgebrochen, der Status quo gegenüber Polen anerkannt[86], der Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausdrücklich wiederholt[87]. Am 17. Mai schwor Herr Hitler feierlich dem Kriege ab[88]. Kurze Zeit später stabilisierte er den Vertrag von Versailles durch die Unterzeichnung des Viererpaktes erneut auf zehn Jahre[89]. Das ist das Ergebnis der Revisionspolitik, um von dem 14 Jahre lang angekündigten „Zerreißen der Verträge" nicht zu reden. Ebenso wie es bei dem Viererpakt der Fall war, so wird auch das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl, das augenblicklich noch als Erfolg gefeiert wird, zeigen, daß man es geradezu als Maxime der Außenpolitik des Herrn Hitler bezeichnen kann, mit außenpolitischen Zugeständnissen, die keine der früheren deutschen Regierungen erwogen hätte, die Aufrechterhaltung der Parteiherrschaft im Inlande zu erkaufen[90]. Die stärkste Probe dieser Art wird Herr Hitler zu bestehen haben, wenn die bevorstehende allgemeine militärpolitische Auseinandersetzung mit den benachbarten Staaten einsetzt.

Man kann weder dem russischen noch dem italienischen System gedankliche und sachliche Gestaltungsfähigkeit absprechen. Daß die gesamte Macht einer politischen Bewegung zufallen konnte, die gedanklich und materiell so vollkommen steril ist wie der Nationalsozialismus, das ist das Rätsel, das Deutschland der Welt aufgegeben hat.

---

[84] Ein von Alfred Rosenberg, Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, am 10. Mai am Gefallenendenkmal in London niedergelegter Kranz mit einer schwarz-weiß-roten Hakenkreuzfahne wurde von einem sozialistischen Parlamentskandidaten entwendet; zu den negativen Auswirkungen der Besprechungen Rosenbergs in London vgl. Schulthess 74, 1933, S. 300; Horkenbach 1933, S. 210, 212 f.

[85] Der von der Parteileitung der NSDAP am 28. März initiierte und „in Ruhe und Disziplin" organisierte Judenboykott wurde am 4. April vorläufig abgebrochen; vgl. Horkenbach 1933, S. 145, 149, 153; zur Entschließung des Minderheitenausschusses des Weltverbands der Völkerbundsliga in Montreux am 7. Juni vgl. Schulthess 74, 1933, S. 494 f.; zum Boykott ergänzend ebenda, S. 81 f.

[86] Zur „Entspannung Deutschland-Polen" vgl. Horkenbach 1933, S. 198; Schulthess 74, 1933, S. 120 u. ö.

[87] In dieser Form nicht ermittelt; in einem Interview (Matin, 23. September) sagte Hitler: „Elsaß-Lothringen ist keine Streitfrage." Schulthess 74, 1933, S. 249 f.

[88] Horkenbach 1933, S. 221 ff. („Hitlers große Friedensrede"); deutsche Emigranten, die in England und Frankreich die friedfertigen Absichten Hitlers in Frage stellten, galten vielfach „als Störenfriede der guten Beziehungen zu Deutschland, ja manchmal geradezu als Kriegshetzer"; vgl. Susanne Miller, Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil, in: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945, Bonn 1982, S. 451–524, 460 f.

[89] Der „Viererpakt" wurde am 7. Juni in Rom paraphiert; vgl. Horkenbach 1933, S. 244 ff.

[90] Die Kontroverse um Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat wurde durch die Veröffentlichung von Klaus Scholder (Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt/M. 1977) neu belebt.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Dr. h. c. Karl Dietrich Bracher, o. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Bonn (5300 Bonn, Am Hofgarten 15); Hauptwerke: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Stuttgart/Düsseldorf 1955, 6. Aufl. Königstein, Ts., 1978), Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland (mit G. Schulz und W. Sauer, Köln 1960, 3. Aufl. 1974), Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur (Bern/München/Wien 1964), Die deutsche Diktatur (Köln/Berlin 1969, 6. Aufl. 1979), Das deutsche Dilemma (München 1971), Zeitgeschichtliche Kontroversen (München 1976, 4. Aufl. 1980), Schlüsselwörter in der Geschichte (Düsseldorf 1978), Europa in der Krise (Frankfurt/Berlin/Wien 1979), Geschichte und Gewalt (Berlin 1981), Zeit der Ideologien (Stuttgart 1982); gegenwärtige Forschungsgebiete: Geschichte der politischen Ideen, Zeitgeschichte der Bundesrepublik, Vergleich von Herrschaftssystemen.

Dr. Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte u. Honorarprofessor an der Universität München (8000 München 19, Leonrodstraße 46 b), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen und Dokumentationen in den VfZ und sonstigen wissenschaftlichen Organen u. a. „Kommandant von Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höss" (Stuttgart 1958), „Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit" (Stuttgart 1960), „Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945" (Stuttgart 1961), „Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik" (München 1963, Neuausg. Frankfurt 1972), „Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945" (in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, Olten/Freiburg 1965), „Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung" (München 1969, 9. Aufl. 1981), ferner Hrsg. (zus. mit H. Heiber) der dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts sowie Hrsg. (zus. mit E. Fröhlich, A. Grossmann u. F. Wiesemann) u. Mitautor der Reihe „Bayern in der NS-Zeit" (bislang, von 1977 bis 1981, 4 Bde. erschienen); derzeitige Interessen: Probleme der politischen Kultur Deutschlands von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart.

Dr. Andreas Dorpalen, Emeritus Professor of History an The Ohio State University (2040 Tremont Road, Columbus, Ohio 43221), veröffentlichte u. a. „The World of General Haushofer. Geopolitics in Action" (New York/Toronto 1942), „Heinrich von Treitsche" (New Haven 1957), „Hindenburg and the Weimar Republic" (Princeton 1964, „Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik", Berlin/Frankfurt 1966), „Europe in the 20th Century. A History" (New York/London 1968); derzeit mit Studien zur Geschichtswissenschaft in der DDR beschäftigt.

Dr. Norbert Frei, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (8000 München 19, Leonrodstr. 46 b), veröffentlichte u. a. „Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern" (Stuttgart 1980), „Ernst Friedländer: Klärung für Deutschland (Hrsg., München 1982); gegenwärtig Arbeit über Probleme der Publizistikgeschichte in Westdeutschland nach 1945.

Dr. Manfred Jacobs, o. Professor für ev. Theologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (4400 Münster-Wohlbeck, An der Vogelrute 49), veröffentlichte u. a. „Die evangelische Lehre von der Kirche" (Lüneburg 1962), „Die evangelische Staatslehre" (Göttingen 1971); Hauptforschungsgebiete: Reformationsgeschichte und Protestantismus im 19./20. Jahrhundert.

Dr. Horst Möller, o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg (Kochstr. 4, 8520 Erlangen), veröffentlichte „Aufklärung in Preußen" (Berlin 1974) sowie zahlreiche Aufsätze zur Gesch. d. 17.–20. Jhs., u. a. „Parlamentarisierung und Demokratisierung im Preußen der Weimarer Republik" (in: Gesellschaft, Parlament und Regierung, hrsg. v. G. A. Ritter, Düsseldorf 1974), „Die Interpretation der Aufklärung in der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung" (in: Zs. Hist. Forsch., Bd. 4, 1977), „Landeskunde und Zeitkritik im 18. Jahrhundert. Die Bedeutung der Reisebeschreibung Friedrich Nicolais als regional- und sozialgeschichtliche Quelle" (in: Hess. Jb. f. Landesgesch., Bd. 27, 1977), „Die

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gold- und Rosenkreuzer – Struktur, Zielsetzung und Wirkung einer anti-aufklärerischen Geheimgesellschaft" (in: Geheime Gesellschaften, hrsg. v. P. C. Ludz, Heidelberg 1979), „Lorenz von Steins Interpretation der Französischen Revolution von 1789" (in: Der Staat 18, 1979), „Ämterkäuflichkeit in Brandenburg-Preußen im 17. und 18. Jahrhundert" (in: Ämterkäuflichkeit: Aspekte sozialer Mobilität im europäischen Vergleich, hrsg. v. K. Malettke, Berlin 1980), „Oswald Spengler – Geschichte im Dienste der Zeitkritik" (in: Spengler heute, hrsg. v. P. C. Ludz, München 1980), „Vom Aufgeklärten Absolutismus zu den Reformen des 19. Jahrhunderts" (in: Deutsche Literatur – Eine Sozialgeschichte, hrsg. v. H. A. Glaser, Bd. 5, Hamburg 1980), „Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift ‚Über die bürgerliche Verbesserung der Juden' " (in: Jb. des Instituts für Deutsche Geschichte d. Universität Tel Aviv, Beiheft 3, Tel Aviv 1980), „Wie aufgeklärt war Preußen?" (in: Preußen im Rückblick, hrsg. v. H.-J. Puhle u. H.-U. Wehler, Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 6, Göttingen 1980), „Das demokratische Preußen" (in: Das Preußenbild in der Geschichte, hrsg. v. O. Büsch, Berlin 1981), „Das Ende Preußens" (in: Preußen – eine Herausforderung, Herrenalber Texte 32, Karlsruhe 1981), „Ernst Heilmann – ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik" (in: Jb. d. Instituts für Deutsche Geschichte d. Universität Tel Aviv, Bd. 11, Tel Aviv 1982); „Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite" (in: VfZ, 30. Jg. 1982); „Kultur in der Emigration: Exodus und Rückkehr deutschsprachiger Schriftsteller, Künstler und Gelehrter seit 1933" (in: Ausgestoßen. Schicksale in der Emigration, hg. vom ZdF, München 1982); „Primat der Außenpolitik: Preußen und die Französische Revolution 1789–1795" (in: Francia, Beiheft 12, München 1982); „Sozialgeschichtlicher Abriß 1918–1945" (in: Deutsche Literatur – Eine Sozialgeschichte, hg. von H. A. Glaser, Bd. IX, Reinbeck bei Hamburg 1983); in Druckvorbereitung: „Parlamentarismus im Preußen der Weimarer Republik" (Habil. Schr., Berlin 1978).

Dr. Martin Schumacher, Generalsekretär der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (5300 Bonn 1, Poppelsdorfer Allee 55), veröffentlichte u. a. „Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750–1851 „Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Brecht 1914–1933" (Bearb., Düsseldorf 1970), „Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933" (Düsseldorf 1972), „Parlamentspraxis in der Weimarer Republik. Die Tagungsberichte der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925–1933" (Düsseldorf 1974), „Wahlen und Abstimmungen 1918–1933. Eine Bibliographie zur Statistik und Analyse der politischen Wahlen in der Weimarer Republik" (Düsseldorf 1976), „Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914–1923" (Düsseldorf 1978); arbeitet zur Zeit an einer Untersuchung über Otto Klepper und die Gründung der FAZ, ferner über Probleme der Wirtschafts- und Agrarpolitik der Nachkriegszeit.

Jahrgang 31 (1983), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1983_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte